

Sächsisch Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postkonten Dresden Nr. 2486. — Stadtkonten Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Einschluss 90 Pf. Grundzeile auf Geschäftsangelegenheiten, Familiennachrichten u. Stellenangebote. — Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Belage, Verkaufsliste von Holzplanen auf den Staatsforstbetrieben.
Verantwortlich für die Redaktion: J. S.: Oberregierungsrat Hans Bied in Dresden.

Nr. 53

Dresden, Mittwoch, 4. März

1925

Bereitschaft der Reichsregierung zur Mitarbeit an der Regelung der Sicherheitsfrage.

Diplomatische Besprechungen in den alliierten Hauptstädten.

Berlin, 3. März.

Die neuerlichen Meldungen der in- und ausländischen Presse über deutsche Schritte in der Sicherheitsfrage beruhen wie die Blätter erfahren, zum größten Teil auf Kombinationen. Tatsache ist, daß in den letzten Wochen in den alliierten Hauptstädten diplomatische Besprechungen über die Sicherheitsfrage sowie über die anderen akuten politischen Probleme stattgefunden haben. Dabei ist deutscherseits, wie dies bereits in den öffentlichen Reden des Reichstanzlers gesehen war, die Bereitschaft der Reichsregierung zur positiven Mitarbeit an der Regelung der Sicherheitsfrage zum Ausdruck gebracht worden. Ferner wurden die alliierten Regierungen davon in Kenntnis gesetzt, in welchem Rahmen und auf welcher Grundlage nach deutscher Auffassung eine solche Lösung zu erreichen sein würde.

Englisches Kompromiß.

Garantievertrag unter Einfluß Deutschlands.

Paris, 3. März.

Der englische Botschafter in Paris, der bereits am Montag eine längere Unterredung mit Herriot hatte, ist heute erneut vom französischen Ministerpräsidenten empfangen worden, ein Beweis dafür, wie lebhaft zurzeit die Verhandlungen über das Sicherheitsproblem zwischen London und Paris im Gange sind. Man hat in Paris den Eindruck,

daß die englische Regierung sich nach langem Zögern nunmehr entschlossen hat, die Lösung der Sicherheitsfrage ernsthaft in Angriff zu nehmen und als Ersatz für das von der englischen Regierung in Abereinbarung mit einem großen Teil der öffentlichen Meinung des Landes und der Dominions abgelehnte Genfer Protokoll mit Frankreich und Belgien einen Garantievertrag abzuschließen, unter der Bedingung, daß dieser auch die Unterzeichnung Deutschlands trägt.

Während anfangs der Gedanke der Einbeziehung Deutschlands in einen Garantievertrag zur Sicherung des europäischen Friedens auf höchstem Niveau und zum Teil auch auf Ablehnung gestoßen ist, macht sich in den letzten Tagen in Paris ein deutlicher Umschwung bemerkbar. Selbst Blätter, die sonst nicht zu den Verteidigern der Verhandlungspolitik gehören, vertreten neuerdings die Auffassung, daß Frankreich schon rein faktisch einen schweren Fehler begangen würde, wenn es die von Deutschland im Einklang mit der englischen Regierung auf diesem Gebiete gemachten Vorschläge zurückweisen und sich damit vor der ganzen Welt ins Unrecht setzen würde. Aber diese Zweckmäßigkeitserwägungen hinaus scheint sich aber in Paris doch allmählich die Erkenntnis Bahn zu brechen, daß das Problem der Sicherheit nicht gegen, sondern nur mit Deutschland gelöst werden kann. Bezeichnend dafür ist es, wenn heute selbst ein so gemäßigtes Blatt wie die „Information“ aufs nachdrücklichste davor warnt, Deutschland aus dem in Aussicht genommenen System gegenseitiger Garantien ausschließen zu wollen. „Die militärische Überlegenheit Frankreichs,“ schreibt das Blatt, die im Augenblick unbestreitbar ist, wird sicherlich nicht ewig dauern. Es wird eine Zeit kommen, wo die Befehung des linken Rheinufers aufhören und die Kontrolle über die deutschen Wälder annehmen werden muß, wenn Deutschland das einzige entwaffnete Land bleibt.

Es hat sich zu allen Zeiten als unmöglich erwiesen, ein großes Volk dauernd in einem

Zustand militärischer Anrechtenschaft zu halten, es sei denn, daß dieses Volk sich selbst aufgegeben hat, was bei Deutschland nicht der Fall ist. Je weiter Frankreich auf diesem Gebiet geht, um so gefährlicher muß Deutschland werden und um so unwirksamer wird sich die militärische Garantie erweisen. In diese aber jenseits des Rheins notwendiger Weise den Geist der Vergeltung und des Hasses weigert und die sogenannte moralische Entwaffnung verhindert, wird die Gefahr eines Konfliktes nicht vermindert, sondern im Gegenteil vergrößert. Jeder Lösungsvorschlag auf dem Wege der Gewalt kann nur zu einem Fiasko führen; man muß daher endlich versuchen, zu einem Ziele der Verständigung zu gelangen.“

Balfours Auffassung.

London, 4. März.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ führt aus, in der Frage der Beurteilung des europäischen Sicherheitspaktes beständen im britischen Kabinett drei Auffassungen. Die erste Gruppe unter Führung Chamberlains sei für einen englisch-französisch-belgischen Garantiepakt, die zweite für eine Politik völliger Isolierung und die dritte, die anstehend die Mehrheit der Kabinettsmitglieder hinter sich habe, sei, wie Balfour, für ein Abkommen mit

Frankreich, Belgien und auch Italien unter unverzüglichem gleichberechtigtem Einfluß Deutschlands in diese Kombination. Es sei bedeutungsvoll, daß keine der drei Gruppen bereit sei, die Grenzen Polens und der Tschechoslowakei praktisch zu garantieren.

In einem Leitartikel der „Westminster Gazette“ wird ausgeführt, infolge der Nichtveröffentlichung des Beweismaterials für die behaupteten deutschen Verschlüsse sei der Eindruck entstanden, daß die Alliierten Deutschland gegenüber unehrlich handelten. Curzon habe, als er seine Erklärung im Oberhaus abgab, vielleicht die Tatsache übersehen, daß eine sehr ernste Entscheidung bereits getroffen wurde, und daß bis jetzt noch kein Beweismaterial veröffentlicht worden sei. Daß die jetzige Politik als vorläufig bezeichnet wurde, werde niemanden überzeugen. Sie sei willkürlich, und darauf komme es an. Wir können ein vernünftiger Mensch von Deutschland erwarten, daß es sein Wort halte, wenn der Versailles Vertrag ähnlich als ein in Kraft befindliches Dokument nur dann behandelt werde, wenn die Alliierten darauf bestehen können.

Neue Verschleppung in der Räumungsfrage.

Die Entscheidung in den Händen Fochs.

Paris, 3. März.

Die Botschafterkonferenz ist heute unter dem Vorsitz Camboussis zusammengetreten. Die Sitzung war nur von kurzer Dauer. Die Botschafter haben vom Kontrollbericht der Militärkommission und dem dazu vom Militärkomitee in Versailles erstellten Gutachten Kenntnis genommen und einstimmig beschlossen, Marschall Foch und seine militärischen Sachverständigen anzufordern, das Gutachten in einigen Punkten zu ergänzen und sich insbesondere über die Schwere der deutschen Verschlüsse zu äußern. Weiterhin wurde das Militärkomitee um Mitteilung ersucht, welche Maßnahmen es für geeignet halte, um die Entwaffnung Deutschlands gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages sicher zu stellen.

In den politischen Kreisen ist man der Auffassung, daß die neue Verschleppung, die die Verhandlungen über die Räumung Kölns durch diesen Beschluß der Botschafterkonferenz erfahren, auf den Wunsch der alliierten Kabinette zurückzuführen ist, zunächst die augenblicklich in Frage befindliche Regelung der Sicherheitsfrage zum

Abschluss zu bringen. Dabei dürfte auf englischer Seite die Erwägung ausschlaggebend sein, daß die französische Regierung sich gegenüber der deutschen Entwaffnung und der Räumung von Köln weniger unerschütterlich zeigen werde, wenn sie die Gewissheit einer befriedigenden Lösung des Garantieproblems haben werde.

Eine loyale Erklärung Lord Curzons.

London, 3. März.

Der Führer der Liberalen Aquith trat heute im Oberhaus die Regierung, ob sie ein Datum für die Veröffentlichung des Berichts der Kontrollkommission festlegen könne. Nachdem er auf die Beschiebung der Räumung des Kölner Brückenkopfes hingewiesen hatte, erklärte er, die Frage sei, ob Deutschland bei Erfüllung der Bedingungen des Friedensvertrages solche Verpflichtungen berechtigt, ihre Verpflichtung, die Kölner Zone zu räumen, nicht innezuhalten.

In seiner Antwort sagte Lord Curzon: Der Bericht der Kontrollkommission ist ein Dokument von ungefähr 168 vollgedruckten Seiten mit einer Masse technischer Einzelheiten, die sich kaum für eine ungekürzte Veröffentlichung eignen. Die deutsche Regierung meint, daß eine so bedeutungsvolle Entscheidung wie die Befestigung der britischen Truppen in Köln nur auf Grund wirklich wichtiger Sachen gefaßt werden könne. Deshalb würde eine große Verlegenheit entstehen, wenn man der Welt eine lange Liste geringerer Verschlüsse mitteile. Die britische Regierung beabsichtigt, die Einwilligung der Alliierten voranzusetzen, die Verschlüsse, die der deutschen Regierung mitgeteilt werden und die vor der Räumung Kölns wieder gutgemacht werden müssen, zu veröffentlichen.

Lord Curzon fügte hinzu: Es ist unser besonderer Wunsch, den Versailles Vertrag in allen seinen Punkten ausgeführt zu sehen, d. h. angefangen von beiden Parteien. Die Entscheidung über die Räumung der Kölner Zone darf nicht abhängig gemacht werden von Erwägungen, die sich nicht

auf die militärischen Vertragsklauseln beziehen. Daher wünschen wir, daß die Befestigung Kölns sobald wie möglich beendet wird.

Boncourts für Schaffung einer entmilitarisierten Rheinzone.

Paris, 3. März.

Paul Boncour, der Vorsitzende der Studienkommission des Obersten Rates für nationale Verteidigung, die sich gestern mit dem Bericht der Kontrollkommission über die Entwaffnung Deutschlands beschäftigte, erklärte einem Berichterstatter des „Matin“ u. a.:

Der letzte Bericht über die deutschen Verschlüsse sei nicht geeignet, die Aufhebung der interalliierten Kontrolle über Koblenz zu beschleunigen. Aber es sei Pflicht, schon jetzt ins Auge zu fassen, daß diese Frage in Zukunft nicht wieder aufkommen könne. Später käme dann auch die Räumung von Koblenz und Mainz hinzu. Wenn dies geschehen sei, werde die Kontrolle Sache des Völkerbundes sein. Aufgabe der französischen Delegierten beim Völkerbunde sei, dafür zu sorgen, daß die internationale Kontrolle, die der alliierten Kontrolle folgen müsse, nicht illusorisch werde. Die Schaffung einer entmilitarisierten Zone sei allein eine wirksame Garantie. Man müsse also vom Völkerbunde verlangen, daß ein ständiger Kontrollorganismus dort eingesetzt werde. Nur um diesen Preis könne man den Rhein verlassen. Wenn ein selbständiger Akt festgestellt werde, dann wählen Kommissionen beschließen werden. Um aber Garantien möglich zu machen, müsse ein Pakt vorhanden sein.

England verweigert den bewaffneten Schutz der polnischen Grenze.

London, 4. März.

In einem Leitartikel über „regionale Pakte“ führt der „Daily Telegraph“ aus, es sei sicher, daß die britische öffentliche Meinung sich durch kein Argument bewegen lassen werde, zuzustimmen, daß die Grenzlinien, wie z. B. die polnischen, mit bewaffneter Hand von England aufrechterhalten würden. Wenn man wirklich Sicherheit suche, müsse ein Plan in Erwägung gezogen werden, der Deutschland einschließen werde, wenn es dazu bereit sei. Die Deutschen hätten kürzlich einen Schritt in dieser Richtung unternommen. Niemand glaube ehrlich, daß die jetzigen Grenzen endgültig seien. Viele der jetzigen Grenzen würden wie die anderen durch Vertäge festgelegte Grenzlinien in der Vergangenheit das Schicksal haben, abgeändert zu werden.

Die „Times“ sagen in einem Leitartikel über „Garantie für Sicherheit“, der Gedanke, lediglich die alten entmutigenden und diskreditierten Pläne für einen Pakt zu erneuern, sei nicht geeignet, irgendwelche Begeisterung in England hervorzurufen.

Etwas ganz anderes sei es, wenn irgend ein ernsthafter Wunsch bestehe, daß Deutschland aktiver und ehrlicher Teilnehmer einer solchen Vereinbarung sein könne. Von diesem Standpunkte aus verdient die Forderung von der deutschen Regierung bei mehreren alliierten Regierungen vorgebrachten Ideen eine sorgfältige Erwägung. Frühere Vorschläge seitens Deutschlands seien daran gescheitert, daß Frankreich sich weigerte, Polen außerhalb eines solchen Garantiepaktes zu lassen. Die neue deutsche Anregung aber schließt die Vorschläge für eine befriedigende Regelung der Grenzstreitigkeiten zwischen Deutschland und Polen ein. Es sei wohlbedeutend, daß der sogenannte polnische Korridor und die Trennung des Ruhrgebietes von Oberschlesien eine Quelle ständiger Erbitterung in Deutschland sei, und daß das Vorhandensein dieser demutigen Probleme die allgemeine Atmosphäre in Osteuropa noch unruhiger mache, als sie es schon sei. Jeder Vorschlag, der Klänge zu Reibungen, aus denen Kriege sich entwickeln könnten, zu verhindern möge, sollte gründlich untersucht werden.

Es werde aber vielleicht viel Wert für Polen und die Freunde Polens haben, zu erwägen, ob

Zur Krise in Preußen.

Berlin, 3. März.

Dr. Marx hat den Reichsparteien des Preussischen Landtags den Vorschlag gemacht, das Preussische Landparlament auf folgender Basis zu bilden: zwei Reichsparteien, zwei Zentrumskräfte, ein deutsches Volksparteier, ein Zentrum und drei Sozialdemokraten, davon einer Sozialdemokrat. Obwohl der Parteivorstand nicht auch die Fraktion der Reichsparteien in Preussen diese Vorschläge ab. Darüber hinausgehend erklärte er, daß nach ihrer Auffassung das gegenwärtige Kabinett nicht als geschäftsführendes Ministerium aufzulösen ist und infolgedessen nicht berechtigt ist, wesentliche Regierungsmassnahmen zu treffen.

Die sozialdemokratische Presse

erklärt, daß Dr. Marx sich im Lager der Linken mehr verlor, als er rechts gewinnen konnte, wenn er nicht den Versuch macht, die rechte Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten vor der Bildung einer Regierung getroffen. Verhandlungen unter allen Umständen durchzuführen. Diese Verhandlungen lauten in dem auf Wiederwahl der jetzigen Regierung, falls sie nicht zurücktritt. Der Stützpunkt ist eingeleitet und damit muß sich Herr Marx dem preussischen Landtag nicht als Kandidat für das Ministerpräsidenten präsentieren. Macht er es anders und versucht er, die Schlichtung im Preussen legt ohne Kampf abzugeben, dann dürfte jenes Vertrauen, das er innerlich der republikanischen Parteien heute noch besitzt, mindestens eine partei Erschütterung erfahren. Marx erwacht also wieder sich noch der Republik einen Dien, wenn er plötzlich das Ziel verläßt und es der Rechten überläßt.

Protokoll ausfallen wird. Mehr als die Hälfte aller Artikel des Genfer Protokolls werden voraussichtlich als für England unannehmlich bezeichnet. Man erwartet, daß Chamberlain morgen in der parlamentarischen Debatte des Unterhauses nächste Anträge abgeben wird. "Common Standard" zufolge verläßt von heute ab Seite zur Rückkehr über ein angebliches geheimes Memorandum über die Sicherheitsfrage, daß sein derzeitiges Dokument vom britischen Kabinett erwogen werden soll. Es sei auch nicht wahrscheinlich, daß er in nächster Zukunft erachtet werde, öffentlich mit der Genfer Konferenz die nächste Woche beizutreten. Es sei jedoch sehr wahrscheinlich, daß ein derartiges Dokument im Entwurf bestehe. Es wird aber darauf hingewiesen, daß dieses Dokument nur die private Ansicht eines Ministers enthalte, die formuliert worden sei, um eine Entscheidungszwangsgrundlage zu bilden.

Chamberlain kommt nach Paris.

Paris, 4. März. Es wird offiziell mitgeteilt, daß der Staatssekretär Chamberlain am kommenden Sonntag auf der Durchreise nach Genf sich in Paris aufhalten werde, um Herriot einen Besuch abzustatten. Der englische Reichstag hat gestern vormittag in einer Unterbrechung, die vor der Sitzung der Sozialistenkonferenz stattfand, Herriot von dieser Absicht Chamberlains in Kenntnis gesetzt.

Stresemann dementiert.

Berlin, 3. März.

Die "Germania" hatte heute früh mitgeteilt, in der letzten Fraktions Sitzung der Deutschen Volkspartei im Landtag habe der Außenminister Dr. Stresemann den Vorschlag gemacht, die Verhandlungen des Reichslandes a. D. Marx um die Bildung eines tragfähigen preussischen Kabinetts von nun an nach Kräften zu unterstützen. Damit würde die Wahl für die Reichspräsidentenschaft Dr. Luthers frei. Weiter kam zum Ausdruck, daß Dr. Stresemann sobald Reichskanzler werden würde.

Der Reichsaußenminister dementiert heute abend in dem Reichstagsblatt diese Mitteilungen, die von Anfang bis Ende freier erfunden seien.

Die "Germania" bemerkt dazu, sie komme dem Wunsch Stresemanns nach, ohne zugleichzugeben zu können, daß die Gewährung, in dessen Zusatztätigkeit sie nicht den geringsten Zweifel zu setzen braucht, in der Sache etwas zurückgenommen hätte. Vielleicht würde die von dem Blatt heute früh mitgeteilten Äußerungen nicht in der Fraktions Sitzung geschehen, sondern in einer besonderen Besprechung, die Stresemann mit Parteifreunden gehabt habe.

Severing verzieht?

Berlin, 3. März.

Der "Vorwärts" teilt mit, daß Minister Severing aus gesundheitlichen Gründen den Wunsch hege, von seinem Amte als preussischer Minister des Innern entbunden zu werden. Die Koalition von Zentrum und Demokraten mit Severing als Nachminister noch einmal ein parlamentarisches Kabinett herauszubringen, scheint also nicht möglich zu sein. Das Blatt hält es für wahrscheinlich, daß die Wahl des Reichspräsidenten, die für den 10. März vorgesehen war, weiter vertagt werde.

Die Abrüstungsnote.

London, 3. März.

Die Note wegen der deutschen Abrüstung, die sich gegenwärtig in Vorbereitung befindet, wird festgestellt, daß hinsichtlich der Räumung der Kaliner Zone der Artikel 429 des Friedensvertrages in Anwendung kommt. Es ist nicht zu erwarten, daß die Note selbst fertiggestellt ist. Die Verhandlungen scheinen sich in die Länge zu ziehen, weil innerhalb der Alliierten keine einheitliche Auffassung über den Gegenstand vorhanden ist, und die Vorschläge immer wieder Inkonsistenzen von ihren Regierungen einholen müssen. Es wird sogar bezweifelt, daß die Vorkonferenzen zu einer einheitlichen Entscheidung kommen und man glaubt, daß eine dementsprechende interalliierte Konferenz die Entscheidung über die in der Abrüstungsfrage zu unternehmenden Schritte treffen muß.

Auflösung auf dem Wege herbeiführen und fernschichtige Beziehungen mit sehr mächtigen Landbau nicht eines großen und entscheidenden Verzichtes und eines wesentlichen Kompromisses in der Frage der Grenzen wertlos. Wir dem aber auch ist, die jetzigen Vorschläge Deutschlands könnten Aussicht auf einen Weg zu eröffnen, auf dem möglicherweise wertvolle Ergebnisse für den europäischen Frieden erreicht werden könnten. Es sei auch von Wichtigkeit, daß eine solche Regelung aller dieser Angelegenheiten und Vorschläge die etwas schwierigere Frage des Eintrags Deutschlands in den Völkerbund auf dem Fuße der Gleichberechtigung erleichtern würde.

Eine französische Abgabe an Polen.

Paris, 3. März.

In Besprechung der europäischen Lage spricht Prof. Pash in der "Tribune nouvelle" in Bezug der Dogenze, Polen müsse begreifen, daß Frankreich seine eigenen Interessen um eines anderen Nation willen, auch wenn diese mit Frankreich befreundet und alliiert ist, nicht vernachlässigen könne. Der Außenminister Glubsky habe recht, wenn er annehme, daß Frankreich die Bestimmungen des Versailler- und Dawidsvertrages respektieren werde, den Frankreich nun einmal mit Polen abgeschlossen habe.

Der polnische Außenminister habe jedoch unrecht, wenn er sich einbilde, daß die ganze französische Politik von diesem Vertrage abhängig gemacht werden könne und daß Frankreich darauf verzichten werde, seine eigene Sicherheit zu wahren, um mit allen Mitteln eine junge Nation zu unterstützen, in deren Innern nationalistische und chauvinistische Elemente wuchern.

Die Politik Polens gegen Litauen, dem es doch einen unermesslichen Gewaltstreik Wilna entziffen habe, sei keineswegs gut zu heißen. Egalisieren sei Polen durch eine ungerechte Entscheidung der Völkerkonferenz gegen den Willen der Bevölkerung dieses Gebietes ausgesprochen worden. Polens Haltung in Tsingtao, wo es einen offenen Streit mit dem Briten der Völkerbundes begonnen habe, sei eine völlige Gefahr für den europäischen Frieden. Polen müsse das wissen. Herriot müsse es wagen, offen zu erklären, daß Frankreich wegen der Verhältnisse in Tsingtao keinen Krieg führen und Polen nicht erlauben werde, für das heutige Europa das zu werden, was für das geistige Europa Serbien war.

Der polnische Außenminister Glynski, der Polen auf der Tagung der Völkerbundes vertritt, wird am Donnerstag in Paris erwartet, wo er mit den ausländischen französischen Stellen wegen der Sicherheitsprobleme zu nehmen beabsichtigt.

Gegen das Genfer Protokoll. Ein angebliches Memorandum Englands.

London, 3. März.

Offiziell wird mitgeteilt, daß das britische Kabinett sich jetzt noch keine Entscheidung über den Genfer Sicherheitspakt oder über Vorschläge zu seiner Abänderung getroffen hat. Dazu wird aus englischen Kreisen erklärt, daß die Entscheidung gegen das Genfer

Die neue Revue im Zentralthheater.

(100000 Dollar.)

Das französische Kabinett der neuen Welteroschou zeigt in 31. Drehungen eine Weltreise, die an Schönheit nichts zu wünschen übrig läßt. Die Wesenheit vollendet sich mit der Schönheit des Films ab, dessen parabolische Trübsal in der wenig geschmackvollen Koppelung des Dichters Siegfried mit Dr. Maxhuse. dem Spiel, ihren Hauptpunkt erreichen, nach dem Rezept "Ansturm, du siehst". Die Rahmenzeit ist nur Mittel zum Zweck eines jugendlichen Tunes. Den Verfassern Prager und Waldau, von denen der letztgenannte auch die melodische oder keltische recht starke Musik beigezeichnet hat, ist es weniger um Entdeckung des Hauptthemas (ein jugendlicher Dichters mit der schön "schön") zu tun, als um dieklare Szenen "esfel (New York—London—Paris—Hamburg—Wien—Bagdad). Mit dem modernen Lustspiel und dem Kino geht das sehr reich. Die drei f. enden Personen, der skand. Direktor For (E. Goebel), sein Kolosseum (M. Stumme) und die Frau, die Tochter des angehenden amerikanischen Verfilmers (Eddy Werkmeister) unternehmen die Reise nach der alten Welt und zwar in den mannigfaltigsten Kostümen. Sie bezaubern sich auch gefänglich, besonders Eddy Werkmeister als Primadonna, während Goebel mehr durch seine Ruhe und Demut mehr durch die Beweglichkeit und ein gewisses "Auf Pulvisspielen" wirken. Große hübsche Wandlungsfähigkeit zeigt ferner die jüngere Soubrette Dolly Böhlau, die als Dichterin in der tschechischen Sprache "Sene, dann als Belustigter, als Molots-Paje und als "Tillemeyer" sich für sich einnimmt. Dazu Richard Busch als "König", der "König" (Richard) Reichenhüder, Max Fröh, Bormat und Al. B. und Kammerherrin Max Kraus (Richard) als faszinierender General Methen ein Ensemble, das sich sehen und hören lassen kann. Die Darstellung ist freilich gewöhnlich in

das Ganze einwandfrei, ebenso das bedingte "Apachen-Tutt" "Winn der Pfeffer" in die Wiener Umwelt. Den meisten Beifall fanden mit Recht das schon erwähnte Szenenbild mit den optischen Zeichnungen, die "Edelstein" "Salam Gelo" mit den hinter je einer Hauptdarstellerin verdeckten Christinnen und die lebendigen "Stammesdörfer" des Wiener Balletts (Winnatowa, Rischejwa), das Alt-Wiener Porträt (delegieren). Die Fußball Sportnummer der im übrigen ebenfalls sehr kritischen und wiederholt verwendeten 12 Original-Empire-Welt aus London führt den Hon. Das gab einen Hauptpaß für die Zuschauer, als die 12 Helden ins Publikum und wieder zurück auf die Bühne stiegen. An Gestalt der Helden sprachen sich dieses wohlorganisierte Tanz-Ensemble nicht zu wünschen übrig. Das gleiche Lob gebührt auch ihren tanzenden Männern. Und erst das virtuose Tänzerpaar Saphyr und Sines vom "Kaiser Todeo!" hier sind Kunst und Körperliche Meisterhaftigkeit aus glückliche vereinigt. Es ist nicht, in der Formensprache die vorübergehenden Dichtern hat oder besser gesagt "überhast" im Monna Donna-Stil zu erscheinen zu lassen, sei dahingelassen. Gleichwohl, die neue Revue zeigt zwar nicht an "Wien als ist" heran, sie wird aber, bei geschicktem Einsatz der mitteren Stellen auch hier wie in Wien und Leipzig ihre Schuligkeit tun. Gedungung dürfte, daß das — ein unter Kellern der Bewegung glänzende — Dreier mit den Rollen, mit Torsheit und Mythos verknüpft werden muß, als dies am Montag abend der Fall war.

Die Liebenden des Schubert-Konzert hat einer, wie bekannt, Dreier Schubert Gelegenheiten, Beiden ihrer Kunst vor einer recht zahlreichem Orchestert abzugeben und deren Kunst für alle zu gewinnen. Es sang wieder von Schubert, Cornelius (Grafheder), Hugo Hoff und Richard Strauß. Vor allem nahm schon das Stimmmaterial für sie ein, ein voller, warmer Rego-

sonnen alsdann auch gute Vortragintentionen. Karl Bombaur begleitete am Flügel in seiner bekannten und geschätzten geschmackvollen Weise.

Liederkreis Schubert. Den leider nur schwach besetzten 866. Volkswahlbesitz gestern die hier heftig 5-konnte Gesangsdirigentin Jeanne Kötter mit solchem Erfolg. Stimulatur und Vortragshaltung halten einander die Waage; auch im Vortrag ist die Konzertgebärin bescheiden. Zunächst bot sie altdeutsche Arien und Monologe aus Opern Handelt. Die letzten gehörten Richard Wagner "Vorspiel" und "Weisagere Welt" (Chr. Fr. Weige) waren Kabinettstücke: reißvoller lyrischer Auffassung. Mit milder Schwanns Tonpoesie "Kantaten", "Waldgespräch", "Ständchen". Bei Strauss machte sich eine flüchtige Erwähnung bemerkbar, doch war auch hier (Unbewegte Luis, Salamander, Salome, In aller Macht) soviel Schönes an ausdrucksvollem Stimmungsbild schaffender, daß der Beifall kein Ende nehmen wollte. In Kapellmeister Karl Bombaur hatte Frau Kötter einen Partner, dessen es gerühmte Begleitkunst und Kunstfertigkeit sich wieder voll bewährte.

Das letzte Schubert-Konzert war erfreulicherweise besser besucht als die vorausgehenden und nahm in allen seinen Teilen einen ausgedehnten und feierlichen Verlauf, der Abgang auch schon durch die Vortragshaltung verstärkt wurde. Die ersten beiden Dohnany's Kinderlied (Ah, diraije, maman)-Variationen, die hier wohl noch nicht zur Aufführung gelangten. Das konzertierende Klavier spielte Luise Gmeiner, eine Schloßherr Dohnany's, mit aller erwünschten Trauout. Die Komposition erweist sich als ein geschicktes und effektvolles Kontrast modernistischen Charakter, in der Harmonik und Orchestration, das selbstbewusst auch dem Instrumentalwerk das Wort vergibt. Jedenfalls war es im Ganzen "eindrucksreicher" als die Impressionen eines jungen bulgarischen Komponisten Franziska Bladigorski, die übrigens aber doch ebenfalls

Wahlbündnis der antisozialistischen Parteien.

Rom, 3. März.

Eine Konferenz der Leiter der sozialistischen Propagandainstitutionen, die am Sonntag und Montag in Mailand tagte, nahm mit 14000 Stimmen einen Antrag an, wonach die sozialistische Fraktion in der Opposition bleiben und mit allen Oppositionellen ein Wahlbündnis bilden solle. Ein Antrag, der ebenfalls für das Beibehalten in der Opposition war, aber ein Wahlbündnis ablehnte, erhielt 12000 Stimmen. Ein dritter Antrag ging dahin, daß die Opposition mit den bürgerlichen Parteien aufzugeben und ein Bündnis mit den Kommunisten in der Kammer und für die Wahl zu bilden sei. Dieser Antrag erhielt jedoch lediglich 2500 Stimmen. Der Parteivorstand wurde beauftragt, die nötigen Schritte zu veranlassen und event. dafür zu wirken, daß sich die gesamte Opposition bei der Wahl der Stimmgabe enthält.

Rumänien und seine ungarische Minderheit.

Sudapeß, 3. März.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung begründete der Abgeordnete Spulnaky die von ihm eingeklagte Intervention betreffend die Verteilung rumänischer Staatsangehöriger ungarischer Rasse zur Auswanderung nach Brasilien. Der Außenminister Sotocoly antwortete, daß die rumänische Regierung in der rumänischen Kammer selbst einzuhandeln habe, daß sie sich bei ungarisch sprechenden Elementen auf diese Weise entscheiden wolle. Das Verhalten Rumäniens widerspreche auf das entscheidende den internationalen Verpflichtungen über eine gleichmäßige Behandlung der nationalen Minderheiten. Ungarn habe beim Völkerbunde die erforderlichen Schritte zum Schutze seiner Völkergemeinschaften eingeleitet und den rumänischen Gesandten in Budapeß darauf aufmerksam gemacht, daß die in der rumänischen Kammer abgegebenen Regierungserklärungen nicht geeignet seien, eine Besserung in den nachbarlichen Beziehungen herbeizuführen.

Ermordung eines albanischen Gymnastikers.

Rom, 3. März.

In Bari in Süditalien wurde gestern Abend der frühere albanische Minister Guralchi von einem Albanesen namens Nalton Scamola auf offener Straße erschossen. Guralchi hielt sich seit seiner gemeinsamen Flucht mit dem Ministerpräsidenten Janoli in Bari auf. Er hatte, wie gewöhnlich, in einem Restaurant zu Nacht gegessen und wurde nach dem Beisitzen des Lokals von dem Mörder mit noch weniger hellen Worten niedergestreckt. Der Mörder wurde auf der Flucht festgenommen. Man nimmt an, daß es sich um einen politischen Mord handelt, obwohl darüber noch keine Sicherheit besteht. Der Mörder gab in seinen Reden zunächst politische, angeblich anarchistische Beweggründe an, später wurden von ihm jedoch persönliche Gründe für die Tat angegeben. Die "Tribuna" spricht die Vermutung aus, Guralchi sei ermordet worden,

talent vertreten. Es sind drei Orchesterleiter: "Schoen", "Veitshaus" und "Ullrich" übersehene, also eigentlich Er, nicht Impressionen. Zunächst fiel auf, daß die Bezeichnungen nicht prägnant waren, insofern man sie sehr wohl auch verstanden hätte können. Aber es stieß doch Klang und Vortrag darin, insbesondere. Schade, daß das letzte Stück recht in die Breite geht, und daß fernerweise eine Neigung zum Handeln in der Musik sich einstellt. Immerhin eine Talentprobe, die den Beifall, den man dem anwesenden Komponisten sollte, gerechtfertigt erscheinen ließ. Am gleich noch das voranzugucken, Beethoven's Erste bestrahlte den Abend, der die Philharmoniker unter Kötter wieder in bester Haltung zeigte. Als eine besondere Attraktion durfte noch die Mitwirkung Björn Talens gelten, der stimmlich sehr gut disponiert war. Er erwiderte mit "Salam" "Salam" und "Tolen", sowie mit italienischen Liebes-Liedern, die Kötter am Klavierbegleitete, hübschen Beifall.

Sami Roth: "Der arme Heinrich." Roth und mehr wendet sich eine jüngere Meistersängerin der Pflege mittelalterlicher Dichtung an. Das hat gar keinen guten Grund, die in der seelischen, wie in der künstlerischen Sphäre zu suchen sind. In der Selbstlosigkeit der mittelalterlichen Weltanschauung vermag das Gefühl der Untertanen sich leichter auf einen einheitlichen Ton zu konzentrieren und voller auszusprechen. Auch liegen in unserer Zeit es mittelalterlichen Dichtungen noch unauferhebliche sprachliche Werte, die den romantischen Charakter immer wieder locken mögen. Sami Roth's "Salam", eine "Kölner Gedicht" sprach im Aussehen Richard den Armen Heinrich, die frommgelübte Begende des schicksallichen und doch sprachgewaltigen Hartmann von Aue. Es ist in der Tat an sich denkbar, daß auf derartigsten Bewältigung des Gedichtes härtere Bindungen zu stehen sind, als aus Richard's Kampfsinn modernisierender, die ursprünglichen Empfindungen un-

welch er, wie in Albanien behauptet wird, den

Der Kurdenaufstand.

Konstantinopel, 3. März. Die Kurden, die aus der Gegend von

Obwohl es keinen Zweifel unterliegen kann, daß die türkische Regierung, wenn sie ihre Schritte

Seine Auslandsnachrichten.

Washington, 4. März. Das Repräsentantenhaus hat mit

Die Wahl des Reichspräsidenten.

Amlich wird mitgeteilt: In der Reichskammer

Die Vergnügungstreife nach London.

Berlin, 3. März. Es ergibt sich, daß auch Frau von Ehdorf

Verwendung der Gelder für persönliche Zwecke.

zu. Dabei will sich der Junge v. Carlomag

gegen die Landespfandbriefanleihe

geltend machen. Ingesamt habe er bisher rund

Anspruch auf zunächst 4 Mill. M.

Darauf wurde Bankdirektor Dr. Heijmann

mehr den Charakter einer Vergnügungstreife

getragen. Der Junge gibt schließlich an, daß er

nichts anderes als eine Vergnügungstreife mit dem Zugzuge

war. Im weiteren Verlauf der Verhandlung

Der nächste Junge ist der Kaufmann Dr.

mehr den Charakter einer Vergnügungstreife

getragen. Der Junge gibt schließlich an, daß er

Dr. Mary Reichspräsidentenkandidat?

Die demokratisch und republikanisch gesinnten

datur. In dem Zwecke haben im Laufe des

Die Parteien im ersten Wahlgang

und erst im zweiten Wahlgang ihre Stimmen

Wie die "Völkische" meinet, hat die

Die Berliner Trauerfeier.

Die Reichshauptstadt bereitet sich vor, dem

Am der Trauer der Reichsbeamten

drank zu versehen, hat die Reichsregierung

Die Wahlen aller preussischen

werden am Mittwoch bereits um 1 Uhr nach

die ender Konklusion. Und vielleicht ist Emmi

Das Flettner-Schiff.

In großen Sitzungssaal der Aktiengesellschaft

als das Segelschiff, es ist dem Wind gegenüber

als gleichwohl all diese unbeherrschbaren

Ein Museum für Schiffkunde. Die Entwick-

kommen, die mit dem Schiffstücken der alten

Die Weltausstellung der Partikonen. Das her-

Die Weltausstellung der Partikonen. Das her-

Die Weltausstellung der Partikonen. Das her-

Die Weltausstellung der Partikonen. Das her-

Die Weltausstellung der Partikonen. Das her-

Die Weltausstellung der Partikonen. Das her-

Die Weltausstellung der Partikonen. Das her-

Die Weltausstellung der Partikonen. Das her-

Die Weltausstellung der Partikonen. Das her-

Wagner findet am gleichen Tage vormittag

Choraleinübung. Die alte Wagnersche

Kreis Theater. Paul Werhmann des Gesamtmin-

Welterkennung. Die letzte Welterkennung

Welterkennung. Die letzte Welterkennung

Welterkennung. Die letzte Welterkennung

Welterkennung. Die letzte Welterkennung

Welterkennung. Die letzte Welterkennung

Welterkennung. Die letzte Welterkennung

Welterkennung. Die letzte Welterkennung

Der Reichsrat genehmigte am Dienstag den Entwurf eines Gesetzes zur Übernahme der durch die Weisung des Reichspräsidenten entstehenden Kosten durch das Reich.

Rundgebung des Preussischen Landtages.

Berlin, 3. März. In einem schlichten Rahmen vollzog sich am Dienstag nachmittag die Trauerkundgebung des Preussischen Landtages zu Ehren des verstorbenen Reichspräsidenten.

Sofort mit der Eröffnung der Sitzung nahm Präsident Bartels das Wort zu einer warm empfundenen Ansprache, während sich die Anwesenden von ihren Sätzen erhoben.

Die Trauerrede wurde ohne jede Unterbrechung angehört. Als jedoch der Präsident vorschlug, die Sitzung zum Zeichen der Trauer abzubrechen und am Donnerstag um 12 Uhr wieder zusammenzutreten, machten die Kommunisten, die auch diesen ersten Augenblick nicht ohne Seditation vorbegehen lassen wollten, den Versuch, durch ihren Wortführer Priede, der das Wort zur Geschäftsordnung erlangte, zu protestieren.

Die Ebert-Stiftung.

Berlin, 3. März. Über den Zweck der Friedrich-Ebert-Stiftung stellt der Vorstand mit, daß sie besonders Wert auf die Jugend des arbeitenden Volkes legen soll. In ihrer Verwaltung wird ein Kuratorium errichtet, wozu die Sitzungen der Stiftung veröffentlicht werden.

Der Angeklagte König.

Leipzig, 3. März. Der 20. Verhandlungstag im Zschaka-Prozess begann am Dienstag mittag 12 Uhr mit der Fortsetzung der Vernehmung des Angeklagten König, der erklärt: Im Falle Schlotter war ich mit Egon beteiligt. Als Egon verhaftet wurde, erhaltete ich Keumann ausführlichen Bericht, damit nicht der Verdacht aufkomme, ich wäre Vorgesetzter und hätte Egon verraten. Weitere Angaben in dieser Sache kann ich nicht machen.

Längere Ausführungen machte König über die Fälle Wegel und Holz. Riedner: Bestand nicht die Absicht, Holz mit einer Bombe zu erledigen? König: Von einer solchen Absicht ist mir nichts bekannt geworden. Riedner: Alles, was Sie heute auszusagen, steht

in großem Widerspruch mit Ihren Angaben in der Voruntersuchung! König: Das bestreite ich entschieden. Riedner: Es wird behauptet, Sie sollen Polizeispiegel gewesen sein? König: Nein, niemals! Was ich früher bei der Polizei gesagt habe, kann ich mit gutem Gewissen wiederholen.

Generalpräsident Riedner wies hierauf die Aussagen, die König beim Polizeikommissar Koppenhöfer und bei dem Untersuchungsrichter gemacht hat. Nach der Verlesung der einzelnen Protokolle stellt Reichsanwalt Wolff folgendes fest: König hat am 8. Januar 1924 bei der Polizei angegeben: „Recht verrate ich die ganze Kommunistische Partei!“ und hat erreicht, daß hunderte von Familienältesten ins Unglück geriet.

Riedner: König, stimmt das? König: Ich habe niemand bei der Polizei verraten. Ich habe nur das gesagt, was ich beantworten konnte. R. A. Wolff (zu König): Was haben Sie später der Polizei verraten? König: Da über verweigere ich jede Auskunft. Es enthielt große Unwahrheit im Saal.

R. A. Wolff: Nun steht fest, daß König nur bei der Partei war, um gegen die Partei zu verraten. R. A. Wagnat (zu König): Haben Sie nicht im Untersuchungsgefängnis dem Landgerichtsdirektor Bühler Aufzeichnungen zu Protokoll gegeben, die andere auf schwere Belasteten? Riedner (zu König): Stimmt das? Sie sollen über Sachen berichtet haben, die Sie gar nicht angingen? König: Nein. R. A. Wolff: Was haben Sie von März bis Oktober 1923 gemacht? König: Ich habe in dieser Zeit gearbeitet und habe auch keine Einsparnisse gemacht. Auch habe ich von Oktober 1923 bis zu meiner Verhaftung von der roten Hilfe Unterstützung erhalten.

Bei der weiteren Vernehmung von König kommt es wiederholt zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen dem Verteidiger und den Angeklagten. Wegen 1/2 Uhr wird die Verhandlung auf Freitag vertagt.

Landfriedensbruchprozess gegen schlesische Reichsbannerleute.

Breslau, 3. März. Am Montag nächster Woche beginnt vor dem Großen Schöffengericht in Schweidnitz ein umfangreicher Landfriedensbruchprozess, in dem sich 30 Angehörige des Reichsbanners in Striegau wegen der schweren Zusammenstöße, die sich vor einigen Monaten in diesem schlesischen Städtchen zwischen Reichsbanner und Stahlhelm ereigneten, verantworten sollen. Die am Zusammenstoß beteiligten Stadtelmleute sind inzwischen zu Geldstrafen von 30 Mark verurteilt worden, gegen die Mitglieder des Reichsbanners ist Anklage des Landfriedensbruchs erhoben. In dem Prozess sollen über 40 Zeugen vernommen werden. Die Verteidigung der Angeklagten liegt in den Händen der Rechtsanwälte Wandmann-Breslau, Harenspruch-Magdeburg, Heine-Berlin, Otto Landsberg-Berlin und des Reichsanwalts Dr. Haas.

Mecklenburgische Kommunisten vor dem Reichsgericht.

Leipzig, 3. März. Vor dem 5. Strafsenat des Reichsgerichts fand am Dienstag die Hauptverhandlung gegen drei mecklenburgische Kommunisten wegen Schiffs zum Hochverrat und hochverratlichen Unternehmens statt. Es waren angeklagt der Landarbeiter Emil Prehs, Otto Dornstedt und der Schlosser Friedrich Grassnick aus Wismar in Mecklenburg-Strelitz. Im September 1923 war in dem Wismar Wismar ein großer Landarbeiterstreik ausgebrochen. Die Angeklagten behaupten die Streikbewegung für die Vorbereitung eines kommunistischen Putschs. Es war z. B. geplant, mehrere Strohhäuser anzuzünden. Die Häuser sollen geluchtet, niedergezündet und verstreut werden. Als Leiter für diesen Putsch war Grassnick ernannt worden. Bei seiner Verhaftung wurden bei ihm wichtige militärische Pläne gefunden.

Der Reichsanwalt beantragte für Grassnick 3 Jahre Zuchthaus, 1000 M. Geldstrafe; für die beiden anderen Angeklagten je 3 Jahre Zuchthaus und 500 M. Geldstrafe. Das Gericht verurteilte Grassnick zu 3 Jahren Gefängnis und 500 M. Geldstrafe, Prehs und Dornstedt zu je 2 Jahren Gefängnis und 200 M. Geldstrafe. Bei dem ersten werden ein Jahr und die Geldstrafe auf die Untersuchungshaft angerechnet, bei den beiden letzteren gilt die Strafe als durch die Untersuchungshaft verbüßt.

Zeitungsverbote.

Berlin, 3. März. Wie der „Antike Preussische Pressedienst“ mitteilt, sind auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik die „Oberschlesische Arbeiterzeitung“ auf 14 Tage und die „Schlesische Arbeiterzeitung“ auf die Dauer von zwei Wochen verboten worden. Beide Blätter brachten eine öffentliche Beschimpfung der republikanischen Staatsform sowie eine öffentliche Herabwürdigung dieser Staatsform durch Beschimpfung des Reichspräsidenten.

Hilfer verurteilt.

München, 3. März. Nach hiesigen Blättern wird Adolf Hilfer wegen seines ersten politischen Auftretens nach seiner Haftentlassung in den nächsten Tagen vor den Minister des Innern verurteilt werden. Hilfer soll darauf aufmerksam gemacht werden, daß ihm die Bewährungsfrist entzogen und daß er ausgewiesen werden würde, wenn er sich in dieser Weise weiter politisch betätigt.

Keine politische Nachrichten.

Berlin, 3. März. Wie vom Bureau des Reichstages mitgeteilt wird, findet die nächste Sitzung des Reichstages am Freitag nachmittag 2 Uhr statt. München, 3. März. Bei einer polizeilichen Hausdurchsuchung bei einem Funktionär der kommunistischen Partei wurden Pistolen, Handgranaten und zahlreiches Propagandamaterial gefunden. Mehrere Personen wurden festgenommen, die sich voraussichtlich vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik zu verantworten haben werden.

In der Fraktion der Deutschen Freiheitspartei im mecklenburgischen Landtage ist es zu einer Spaltung gekommen. Die beiden Abgeordneten Dau und Hildebrand sind aus der Partei ausgetreten. Die jetzt als Abgeordnete zählende Freiheitspartei besteht unter dem Namen „Deutschvölkische Freiheitsbewegung“ fort.

Meuterei in Chile.

New York, 3. März. In Chile hat ein Teil der Militärs gemeutert; die Regierung hat darauf den Verlagerungsstand über die Provinzen Valparaiso und Santiago verhängt. Das Kriegsgericht hat sofort eine Anzahl der Meuterer teils zu langen Freiheitsstrafen verurteilt, teils aus dem Lande gejagt.

Eisenbahnerstreik in Leipzig.

Leipzig, 4. März. (W. S. L.) Infolge des schließenden Ganges der Lohnverhandlungen mit dem Verwaltungsrat der Reichsbahn hat heute ein Teil der Belegschaft der Leipziger Güterbahnhöfe die Arbeit eingestellt. Gegenwärtig stehen bereits über 600 Leipziger Güterarbeiter im Ausstand. Die Bezirksleitung Sachsen des Deutschen Eisenbahnerverbandes betont, daß es sich hierbei um keinen wilden Streik handle, daß der Streik vielmehr bereits in den nächsten Stunden unter Führung der Bezirksleitung weiter am sich zu greifen drohe. Auslieferungshandlungen sind im Gange.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Sächsisches Gesetzblatt. Die unterm 2. März ausgegebene Nr. 6 enthält die Verordnung zum Anlaß des Ablebens des Herrn Reichspräsidenten, vom 28. Februar 1925.

Dresden.

Verkehrsstille aus Anlaß der Weisung des Herrn Reichspräsidenten.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Aus Anlaß der Weisung des Herrn Reichspräsidenten soll nach dem Beispiele anderer Großstädte am morgigen Donnerstag, und zwar von 11 Uhr bis 11 Uhr 20 Min. vormittags, auch hier in Dresden eine Verkehrsstille herrschen, während deren u. a. auch die Straßenbahnen stehen werden.

Von dem Takt der Dresdener Einwohnerenschaft darf erwartet werden, daß sie sich den Gedanken, der in dieser Verkehrsstille liegt, ganz allgemein zu eigen macht, und daß insbesondere auch die Kraftwagenfahrer ihre Fahrgänge dieser 2 Minuten über anhalten.

* Verband für deutsche Frauenkleidung und Frauenkultur, Ortsgruppe Dresden, E. B. Die Münchener Werkstätte, Zeitung f. d. Frau u. d. Kind, wird die bedeutendste der Werkstätten innerhalb des Verbandes, wird Montag, den 3. März, abends 7 Uhr im Konzertsaal, Reichsbahnhof 37, die neuesten Modelle vorführen, die sie auf der Leipziger Messe hatte. Karten bei Ries und an der Abendkasse.

* Vortrag. Im Rahmen der Anthroposophischen Gesellschaft, Ortsgruppe Dresden, hält Martin R. auch aus Berlin Freitag, den 13. März, 10 Uhr im kleinen Kintheater (Eingang Götterstraße) einen öffentlichen Vortrag über „Menschheitsentwicklung und Weltentwicklung“. Karten für jedermann bei B. Ries.

General-Theater-Kunstspiele. Man weiß nicht, wenn man diesmal den Lorbeer reichen soll, ob Martha Höbner, Lotte Kauer oder Paul Hildebrandt. Sie sind zweifellos die Kronen, mit denen im März auf die Besucher der General-Theater-Kunstspiele geachtet wird. Lotte Kauer singt scharfe Charaktere, begleitet sich dazu selbst am Klavier und schmeißt dabei Gramophone. Außerdem entpuppt sie sich als musikalischer Archäolog. Auf Kunst interessiert sie Stücke aus jeder beliebigen Oper oder Operette. Kein Tischnachbar verlangt etwas aus Oberbühnen-Wasserkübeln. Es kam, wie aus der Ferne geschloffen, unter Lotte Kauer's Fingern hervor. Martha Höbner verwandelt sich schamlos in eine Intellektuelle, dann ein Wiener Waidmädchen, Violinistin, ostpreussische Reichsbahndienerin, eine tolle Berlinerin u. a. m. Wie Dialekt beherrscht sie und verfügt über erstaunliche mimische Kräfte. Man kommt aus dem Lachen nicht heraus, wenn man sie hört und sieht. Paul Hildebrandt, (ist er mit die dem Namen nicht zum höchsten Charakterkomiker prädestiniert?), läßt Trampete, feinerwehende Schmachtschreier. Zwischenhand erzählt er seine Lebensgeschichte so, daß selbst die immer hart verurteilten Besucher dieses Kabarets aus ihrer Reserve heraus müssen und Lachen lachen. Und dann erst, Hildebrandt als Retowandlungsbildhauer, einzig, wirklich einzig, sein Kapoleon, sein Schiller, sein Ziel. Aber außer den drei genannten Kronen verzeichnet der Beise noch allerdings gutes Geschick. Da ist der Anjafer Stimmungs-länger und Kunstspieler Billy Karsin. Wenn er guter Laune ist, muß er noch viel unterhalten sein, als es gestern der Fall war. Billy Karsin kulturhistorische Würdigung des Suffs und seine 18ste Vertreter-Klasse-Geschichte erweisen große Feinheit. Auch die Münchener Wollme-Tepe Anita Dejan und die Tänzerin Lore Reihner haben ihre Verdienste und Erfolge.

* Quo vadis, ein Filmwerk von unerhörten Ausmaßen in Stofflicher und künstlerischer Beziehung, bearbeitet nach dem gleichnamigen Roman des polnischen Dichters Henryk Sienkiewicz. Lust jetzt im Ausstellungspalast in der Stäbelfasse. Die Direktion der Kammer-Schiffahrt (Waldstr. 10) hat das Risiko der ungeheuren Kosten für dieses Unternehmen auf sich genommen. Es ist zu hoffen, daß ihr Wagemut belohnt wird. Alles spricht dafür. Nach der Erstausführung strömen Hunderte von Menschen bestrebt durch das Gewand aus dem Theater. Schon früher einmal war Sienkiewicz's Quo vadis verfilmt worden. Die neue Filmbearbeitung steht aber turm-och über der alten. Die Epoche des Herrschafts Roms ist in großartiger Weise in dem von Jacoby und d'Annunzio bearbeiteten Filmmaterial zum Leben erstanden. Der Schnittpunkt zweier Kulturen liegt vor uns. Die Weltanschauung des entfalteten Roms und die Weltanschauung des im Anfang seines Siegeszuges über die Erde befindlichen Christentums. Über des Unseins und der Erhebung bringen auf den Zuschauer ein. Die glühende Feste in den Palästen der Römer, Kämpfe wider die Juden mit christlichen Märtyrern, Christen als lebende Fackeln in den Gärten Nero's, Szenen, die das Blut in den Adern erstarren lassen. Mit

Träger der Hauptrolle, am 1. Januar, ein schauwunderliches Phänomen, dessen Können und Wundbarkeit abstrich. Neben ihm andere Schauspieler von Rang. Die Länge des Filmes beträgt 4000 Meter, die Vorführungsdauer zwei Stunden. Sämtliche Aufnahmen wurden in Italien, zum Teil an den schönsten Stätten selbst gemacht. Über 7000 Menschen wirkten als Statisten mit, außerdem der bekannte Leipziger Tierbändiger Schneider mit seinen 54 Löwen. Man gehe jetzt hin und schaue!

* Ein unbekannter Stilletheaterbesucher kreibt seit einiger Zeit in Dresden-Kenndorf sein Unwesen. Er ließ seine, weiß noch nicht schätzbare Sachen an sich, nimmt sie mit in Grundstücke, wo er sich hinsetzt, und bracht sie an ihnen fort in der gemeinen Weise. Er empfand sich selbst, daß Eltern ihre Kinder in die Welt zu schicken waren, und daß Gewandnisse auf der Straße ein nach jenen Tage haben, und jede Maßnahme in dieser Hinsicht der Polizei mitteilen.

Aus Sachsen.

Rein sächsisches Beamtenvertretungsgesetz.

Die Reichsregierung wird dem Reichstage demnächst erneut den Entwurf eines Gesetzes über Beamtenvertretungen unterbreiten. Wie wir hören, hält die sächsische Regierung eine einheitliche Regelung dieser Frage für notwendig gemäß Artikel 130 der Reichsverfassung. Sie hat auch in diesem Sinne bereits bei der Reichsregierung Vorstellungen erhoben; sie sieht sich infolgedessen nicht in der Lage, auf dem Wege der Landesgesetzgebung ein Beamtenvertretungsgesetz zu schaffen.

* Firma. Die Hundetollwut hat in der hiesigen Gegend weiter am sich gegriffen. In der letzten Woche hat ein Schäferhund in Zschütz eine Frau und zwei junge Jungen gebissen. Der Hund ist bald darauf verendet. Bei der amtlichen Untersuchung des Rabattes wurde Tollwut festgestellt. Soweit ermittelt werden konnte, sind welchen Hund der tollwütige Hund in Zschütz gekommen ist, sind diese erschlossen worden. Die von dem Hund gebissenen Personen haben sich sofort der Wutimpfung unterzogen.

* Straßen b. Juidau. Den Bau eines neuen Rathauses plant die hiesige Gemeinde. Die hiesige Firma G. Leonhardt hat sich bereit erklärt, das Baugrund gegen Zuschlag zur Verfügung zu stellen und auch eine Straße nach dem künftigen Rathaus auf eigene Kosten ausführen zu lassen.

Land- u. Forstwirtschaft.

Obstgärten im März.

Bei der anhaltend milden Witterung, bei der mit einem Winter kaum noch zu rechnen ist, sollen alle Winterarbeiten an den Obstbäumen wie Schnitt, Reimgang, Ungeleselbämpfung, Düngung usw. möglichst bald beendet sein. Auch das Pflanzen junger Obstbäume sollte jetzt vorgenommen werden. Es empfiehlt sich nach Ausführung des Wurzelchnitts vor dem Pflanzen die Wurzeln in einem Schmelzwasser zu tauchen. Auch die Kronen frisch gepflanzter Obstbäume sind vor dem Pflanzen zu schneiden. Auch veräumte man nicht die Kronen derjenigen Obstbäume, die in den letzten 4-5 Jahren frisch gepflanzt sind, regelmäßig zurückzuschneiden. Die Behandlung von Rebweiden an den Obstbäumen mit Obstbaumfarbstoffen ist zur Zeit sehr zu empfehlen. Wo noch Niststellen hangelärt um die Bäume liegen, müssen dieselben schleunigst verbrannt werden. Bei der anhaltenden milden Witterung ist damit zu rechnen, daß Firsche- und Kirschen-Obstbäume ihre Blüten ansetzen. Um sie vor Frostgefahr zu schützen, hängt man alte Tücher, Netze darüber, oder bedeckt sie mit Tanvenen. Wie schlecht tragenden und schorfkranken Obstbäume werden jetzt unverzüglich Gebirgsgebiete werden geäubert, der zwischen den Reiben im Herbst aufgetragene Dünger wird frisch untergegraben.

Gemüsegärten.

Die herrschende milde Witterung zwingt uns, die Aussaaten frühzeitig zu beginnen. Man sucht zunächst die geschützten Stellen zur Aussaat aus. Geübt werden Kartriden, Mören, Radishes, Puffbohnen, Fenchel, Erbsen, Schmarz, Petersilie, Petersilienwurzel usw. Zur Aussaat von Gemüsepflanzen macht man Aussaaten von Blumenkohl, Rotkohl, Weißkohl, Wirsing, Frühkohlrabi, Salat. Im Treibhause oder in einem Handhause im Fensterbrett sind Tomaten- und Kuseleisensalat-Samen anzusetzen. Im Frühbeet werden schon Salat, Kohlrabi, Sellerie und andere Pflanzen verpflanzt werden müssen, bei warmem sonnigen Wetter sind alle Frühbeete reichlich zu wässern. Gegen Ende des Monats können schon Gas-pflanzen, vorgezogene Erbsen, überwinterter Kohlpflanzen, in geschützten Lagen die ersten Frühkartoffeln ausgesät werden.

Neue landwirtschaftliche Schulen.

Der Landesminister beabsichtigt die Errichtung von landwirtschaftlichen Schulen in Waldenburg und Riesa sowie von Röhrenabteilungen in Rax, Annaberg, Gamschen, Großschönau, Rauenstein, Pulsnitz und Riesa.

Wettertelegramme

Vom 4. März 1925, 7 Uhr morgens. Riesa, 8 Uhr morgens. - Dresden: Höhe 110 m. Min.: + 1. Max.: + 5. Niederschlag: —. Temperatur: + 2. Schnee: —. Wind: ONO 3. Wetter: Bedeckt. - Waldsüd: Höhe 240 m. Min.: - 1. Max.: + 3. Niederschlag: —. Temperatur: - 1. Schnee: —. Wind: NO 5. Wetter: Wolfig. - Riesa: Höhe 1213 m. Min.: - 7. Max.: - 2. Niederschlag: 16. Temperatur: - 6. Schnee: 45. Wind: NNO 3. Wetter: Nebel.

Sächsische Staatszeitung

Einzelne Nummern 15 Pfennig.

Amtlicher Teil.

28. Einkommensteuer- und 11. Körperschaftsteuer-Verteilung.

Das Reichsfinanzministerium hat erneut die zweiten Einkommensteuer-Rechnungsanteile von 1924 ab hat außerdem zur Folge, daß bei allen Gemeinden, deren zweiter Einkommensteuer-Rechnungsanteil bez. zweiter Körperschaftsteuer-Rechnungsanteil...

Dem Schüler Walter Lindner in Leipzig wird für die von ihm mit Mut und Entschlossenheit bewiesene Errettung eines 4jährigen Knaben vom Tode des Ertrinkens in einem mit Wasser gefüllten Steinbruch in Leipzig-Strinsdorf...

Die Kreisbauernschaft.

Das im Grundbuche für Oberbarnitz Blatt 92 auf den Namen des Holzhändlers Otto Edwin Schuch in Bursau eingetragene Grundstück soll am 27. April 1925, vormittags 10 Uhr an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstücke sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 8. Januar 1925 verlautbarten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden...

Amtsgericht Bischofswerda, den 27. Februar 1925.

Das im Grundbuche für Frankenberg Blatt 251 auf den Namen Karl Erich Schöpper in Frankenberg eingetragene Grundstück soll am 24. April 1925, vormittags 11 Uhr an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

am 17. Januar 1925 verlautbarten Versteigerungsvermerk aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden...

Amtsgericht Frankenberg, Sa., den 28. Februar 1925.

Auf dem für die Firma Trudiplattenfabrik Julius Weigel Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Wachsenau eingetragenen Blatt 930 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden: Die Gesellschaftsverfassung vom 5. Februar 1925...

Amtsgericht Glauchau, 2. März 1925.

Über das Vermögen des Weiß- und Wollwarenhändlers Karl Schlier in Rauschhof und Grimma wird heute am 2. März 1925 nachmittags 4 Uhr im Anschluß an die aufgehobene Geschäftsaufsicht das Konkursverfahren eröffnet.

Grimma, 2. März 1925. Amtsgericht.

Das im Grundbuche für Glashütte Blatt 126 auf den Namen des Johann Eduard Otto Mieger in Glashütte eingetragene Grundstück, Gasthof zum goldenen Was, Hauptstraße 46, soll am 24. April 1925, vormittags 10 Uhr an der Gerichtsstelle zum Zwecke der Aufhebung der Erbengemeinschaft versteigert werden.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstücke sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 2. Januar 1925 verlautbarten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden...

im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn die Grundstückeigentümer widersprechen, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgegeben werden würden.

Amtsgericht Bauenheim (Sa.), den 24. Februar 1925.

Auf Blatt 355 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Firma Kurt Wautenengel in Böhla und als deren alleiniger Inhaber der Ingenieur Kurt Wautenengel in Böhla eingetragen worden.

Amtsgericht Senftenfeld (Vogl.), den 2. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister ist heute eingetragen worden: auf Blatt 986, die Dresdner Bank Zweigniederlassung in Bismbach, Zweigniederlassung der in Dresden unter der Firma Dresdner Bank bestehenden Aktiengesellschaft in Bismbach betz. Gesamtpfand ist erteilt dem Bankbeamten Franz Friedrich Wiggel in Bismbach für die Zweigniederlassung Dresdner Bank Zweigniederlassung Bismbach, Oststraße 10, Bismbach, die Firma nur in Gemeinschaft mit einem ordentlichen oder stellvertretenden Mitgliede des Vorstandes oder mit einem anderen Prokuristen dieser Zweigniederlassung zu schließen; auf Blatt 1112, die Johannes Bauer Weinstock in Bismbach betz. Alexander Bauer und Alexander Bauer betz. Jacob Bauer und Alexander Bauer sind als Geschäftsführer ausgeschrieben.

Amtsgericht Limbach, 2. März 1925.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Carl Eduard und Kapitäns Georg Tröschner in Eibau ist Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen sowie zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußergebnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen der Schlußtermin auf den 27. März 1925, vormittags 9 Uhr vor dem hiesigen Amtsgerichte bestimmt worden.

Eibau, 2. März 1925. Das Amtsgericht.

Über das Vermögen des Wärb-, Gefäß- und Obsthandlers Reinhold Wrihe Rehner in Lommatzsch, Kornstraße 16, wird heute am 27. Februar 1925, mittags 12 Uhr das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter: Rechtsanwalt Siefert in Lommatzsch. Anmeldefrist bis zum 21. März 1925. Wahltermin und Prüfungstermin am 25. März 1925, nachmittags 3 Uhr. Öffener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 21. März 1925.

Amtsgericht Lommatzsch, den 27. Februar 1925.

Dresden.

Trauerkundgebung der Landespolizei.

Zur Presseamt des Polizeipräsidenten teilt uns folgendes mit: Gelegenlich der Gedächtnisfeier des sächsischen Landtages für den verstorbenen Herrn Reichspräsidenten am morgigen Donnerstag nachmittags 1 Uhr wird im Entreezimmer mit dem Herrn Landtagspräsidenten auch die Beamtenschaft der sächsischen Landespolizei dem heimgegangenen höchsten Beamten des Deutschen Reiches eine Ehrung bereiten.

Neues Straßenverzeichnis.

Die Straßenbahnverwaltung hat ein neues Straßenverzeichnis zum Dienstgebrauch für die Schaffner herausgegeben, das aber auch an das Publikum zum Preise von 50 Pf. verkauft wird. Das Verzeichnis enthält 2500 Straßen, Plätze und wichtige Gebäude Dresdens und der Vororte mit Angabe der nächstgelegenen Straßenbahnhaltestellen und der Straßenbahnlinien.

Das Verzeichnis ist in der Reichsarchiv, Stadthaus Theaterstraße 13, Erdg., und in den Straßenbahnhöfen erhältlich.

Drei Hundstrolchjäger sind in letzter Zeit wieder zum feldgeheißt worden, und zwar bei einem männlichen Zweigattler, schwarz mit braunen Abzeichen am Kopf und an den Beinen, von der Löbauer Straße, bei einem einjährigen männlichen Ferkelstier von der Coltau-er Straße, bei einem schwarzen männlichen Spitz von der Pirnaischen Straße.

Wolltätigkeitsveranstaltung der Bühnengemeinschaft: Sowohl im Opernhaus, als auch im Schauspielhaus herrscht feierliche Tätigkeit, um mit den großzügigen Vorbereitungen für die Gala-Festk. Vorstellung im Jussuf Sarracani am Dienstag, den 10. März rechtzeitig fertig zu werden.

Beamtenakademie Dresden. Vorlesungs-verzeichnis für das fünfte Trimester des zweiten Studienjahres 1924/25.

- 1. Prof. Dr. Dr. Hollrad: Arbeitsrecht, theoretischer Teil. - Nutzen und Stellung im Deutschen Rechtsystem. Allgemeine Charakter des Arbeiters und Arbeitgeberrechts im Gegensatz zum Beamtenrecht. Internationales Arbeitsrecht. Das Prinzip der Vertragsfreiheit im Arbeitsvertragsrecht. Abwanderung und Verletzung. Insbesondere Arbeitsordnung, Tarifvertrag (juris. Natur der Allgemeinverpflichtungserklärung) und Frage nach der Rückzahlung, Arbeitszeit und Arbeitslohn. Änderung in der Gerichtsbarkeit. Montag, den 23. 30. 3. 25 von 5 Uhr nachm. ab. Donnerstag, den 26. 3. 4. und 1. 4. 25 nachm. ab. 2. Direktor, Prof. Dr. Schärer: Die öffentlichen, wirtschaftlichen Unternehmungen und die Gemeinnützigkeit. - Unter welchen Gesichtspunkten ist das öffentliche Unternehmen gerechtfertigt und welches sind die Grenzen der öffentlichen Unternehmungen organisieren und verwaltet werden, um ihren Aufgaben zu genügen? - Montag, den 27. 4. 11. 18. u. 25. 5. 25. von 5.30 nachm. ab. 3. Prof. Dr. Gehrig: Die Lehre vom Gelde. Das Wesen des Geldes. Seine Aufgaben. Geldarten. Das Währungsrecht. Entstehung des deutschen Geld- und Währungswesens. Staatsgeld und Notengeld. Die alte und die neue Reichsbank. Die Stabilisierung der Währung. Mittwoch, den 6. 13. 20. 27. 5. und 10. 6. 25 von 5.30 nachm. ab. 4. Direktor Dr. Fischer: Arbeitsrecht, praktischer Teil. - Ausgewählte Kapitel aus dem Bereiche der Arbeitsverfassung, des Arbeitsvertrages, der Arbeitsvermittlung, des Tarifvertrages und der Arbeitsgerichtsbarkeit. - Donnerstag, den 7. 14. 21. 5. 4. und 11. 6. 25 von 5 Uhr nachm. ab. 5. Ministerialrat Dr. Schröder: Strafrecht II. - Einheit der Tat und des Verbrechens. Die Verteilung der strafbaren Handlungen nach dem Gesetz und den verletzten Rechtsgütern. - Montag, den 8. 15. 22. 29. 6. und 6. 7. 25 von 5.15 nachm. ab. Die Vorlesungen sind jedesmal selbständig an finden statt: In laufender Nr. 1 und 3 in der Aula des Bismarckischen Gymnasiums Dippoldsdorfer Straße 7/9, In laufender Nr. 2, 4 und 5 in der Aula der Kreuzschule, Georgenplatz 6. Alle Vorlesungen, außer laufender Nr. 2, sind zur Erlangung des Akademie-Studienzeugnisses obligatorisch.

anlässlich Königwerbende Änderungen werden durch Ausdruck auf der Oberfläche und in der Tagespresse bekanntgemacht. Die Gebühren sind die gleichen wie im vierten Trimester; 2,50 M. für eine Vorlesungsreihe. - Die Anmerkungen werden in der bekannten Weise bis spätestens 15. März erbeten.

Verständlichheit der Mitglieder (D. S. K.) Arbeitsgruppe V. Dresden, den 4. März, 4 Uhr abends, im Restaurant „Kaiserhof“, Großenhainer Str. 104. Monatsversammlung Tagesordnung: 1. Empfang und Mitteilung. 2. Vortrag des Kollegen Knauer. 3. Unser fünfmonatiger Nachkriegs. 4. Gewerkschaftliche 4. Gewerkschaften. 5. Arbeiterbewegung. 6. Die Arbeiterbewegung des Herrn Carl Müller: Gehaltliche Fortbildung, Reaktionen und Beziehungen mit Germanen zum Werk.

Aus Sachsen.

Der Arbeitsmarkt in Sachsen.

Das Landesamt für Arbeitsvermittlung veröffentlicht über die Lage auf dem sächsischen Arbeitsmarkt für die Zeit vom 22. bis 28. Februar 1925 folgenden Bericht: Die Besserung der Gesamtbeschäftigung machte in dieser Berichtswochen weitere Fortschritte und zeigte sich in allgemein anhaltend günstigem Geschäftsgang und in der erhöhten Aufnahmefähigkeit der Hauptindustrien.

Offene Stellen für Lehrer.

Eine hies. Lehrstelle an der Volksschule in Zwönitz, Kreis O. Familienwohnung vorhanden. Bewerbungen bis 31. März an den Bezirksschulrat für Chemnitz II (Amtshauptmannschaft).

Aussetzung von Aufwertungsverfahren.

(N.) Nach dem Gesetz betr. Aussetzung des Verfahrens vor Gerichten und Aufwertungsverfahren vom 17. Februar 1925 (Rechtsbl. Teil I S. 15) ist in Rechtskraftgelegenheit über die Aufwertung von Vermögensanlagen im Sinne der 3. Etappenverordnung über die Aufwertung von Ansprüchen aus einer laufenden Rechnung oder einem Kontokorrent sowie über die Aufwertung von Ansprüchen aus öffentlichen Anleihen die Verhandlung auf Antrag einer Partei einzuweisen. Der Antrag ist abzulehnen, wenn er nach Auffassung des Gerichts sich als ein offenkundiger Mißbrauch darstellt. Die entsprechenden Rechtsregeln gelten auch für das Verfahren vor der Aufwertungskommission.

Mit Rücksicht darauf, daß gegenwärtig die gesetzlichen Vorschriften über die Aufwertung einer Rechnung unterzogen werden, wird es sich für die Regel empfehlen, unverzüglich von diesem Rechte auf Aussetzung Gebrauch zu machen, um nicht Gefahr zu laufen, daß durch jetzt noch eingehende gerichtliche Entscheidungen, denen natürlich das geltende Recht zugrunde gelegt werden müßte, die Aussicht auf etwaige spätere höhere Aufwertung verflüchtigt wird.

Eine Zeitung für Strombezieher.

(SW) Unter dem Titel „Elektrizität, Weltanschauung für die Stromabnehmer“, gibt die „Allgemeine Elektrizität“ eine neue Zeitschrift heraus, die von der Reichsleitung der A. E. G. bearbeitet und in großer Auflage zunächst aller zwei Monate unter den sächsischen Elektrizitätsverbraucher verbreitet wird. Das Blatt wendet sich nicht nur an die Großbezieher, sondern in erster Linie auch an die Kleinverbraucher, an die Gewerbetreibenden und Landwirte, die es über den Stand der Elektrizitätsversorgung und alle Neuerungen und Fortschritte auf diesem Gebiete gewissenshaft und gemeinverständlich unterrichten will, soweit sie für die Allgemeinheit von besonderem Interesse sind. Die erste Nummer bringt nach einem an die Stromabnehmer gerichteten Einleitungsartikel eine Abhandlung über Stromerzeugung, Strompreise, soziales Verbrauchsproblem, Elektrizität und Hausstromerzeugung, Eigenenergie oder Fremdbezug und unter dem Stich eine Reihe unterhaltender Beiträge aus dem ausgedehnten Anwendungsbereich des elektrischen Stroms. Die neue Zeitung wird dazu beitragen, eine engere Fühlung zwischen Stromabnehmern und der Stromerzeugung herbeizuführen, Mißstände zu beseitigen, das gegenseitige Vertrauen zu stärken und einen verständnisvollen Zusammenarbeiten zwischen Stromerzeugung und Stromverbraucher den Boden zu ebnen.

Abwehr kommunistischer Angriffe.

Die „Serpentin-Mittelschicht“ in Zwickau teilt mit, daß sie auf Angriffe der kommunistischen Zeitung „Der Kämpfer“, die in ihrer Nummer vom 24. Februar einen unwarren Artikel der Beziehungen der Serpentin A. G. zum Barmer-Standard brachte, dem Blatte folgende Erklärung zugefandt hat:

1. Das Aktienkapital der Serpentin A. G. von 30 Millionen Papiermark ist in der Generalversammlung vom 18. Oktober 1924 auf 600 000 Reichsmark umgestellt worden. Die Serpentin A. G. suchte Mitte 1924, wie fast alle Unternehmen, Kapital, und wurde durch Geschäftskrisen auf die Werksbank aufmerksam gemacht, die über flüssige Gelder verfügen sollte. Da die eingehenden Auskünfte bei den ersten Ausstellungen durchaus zurechenbar erschienen, bot die Serpentin A. G. der Werksbank ein ihr zur Verfügung stehendes Aktienpaket von 10 000 Aktien zum Kauf an. Die Werksbank kaufte es und machte zur Bedingung, daß ihr von den sieben Aufsichtsratsmitgliedern der Serpentin A. G. drei Aufsichtsratsmitglieder eingeräumt würden.

Der Verkauf der Aktien und der Rückzug des Kapitals erfolgte am 1. Juli 1924. Damals war nach den eingeholten Auskünften noch kein Angehöriger der Barmer-Konzepts oder der

Familie Barmer in der Verwaltung der Werksbank, nachteilig über diese überhaupt nicht bekannt. Die Serpentin A. G. hat mit der Werksbank irgend ein weiteres Geschäft als diesen Aktienverkauf niemals abgeschlossen. Sie hat auch niemals irgend welchen Einfluß auf die Geschäfte oder Geschäftsführung der Serpentin A. G. genommen wie man behauptet.

Mitte August schloß die Werksbank auf Grund des ihr beim Aktienverkauf zugesandten Rechts, daß die Herren Barmer, Riense und Lange-Gegeermann in den Aufsichtsrat gewählt wurden. Die Herren Barmer und Riense haben aber niemals einer Auffichtsratsitzung der Serpentin A. G. beigewohnt. Herr Lange-Gegeermann nur der Generalversammlung bei der Umstellung des Aktienkapitals.

Jedem werden Einflüsse auf die Geschäfte und Verwaltung der Serpentin A. G. haben diese drei Herren niemals ausgeübt. Jedem welche Abhängigkeit von dem später gegründeten Barmer-Konzern oder irgend welche Geschäftsbeziehungen zu demselben haben niemals bestanden.

Herr Lange-Gegeermann ist bereits im Spätherbst 1924 aus dem Aufsichtsrat der Serpentin A. G. freiwillig ausgeschieden.

Die Herren Barmer und Riense sind, sobald der Barmer-Standard bekannt wurde, im Januar 1925 zur Niederlegung ihres Amtes verpflichtet worden. Kein Angehöriger des Barmer-Konzerns übt seitdem der Verwaltung der Serpentin A. G. an.

2. Die Serpentin A. G. hat die durch den Aktienverkauf beschafften Mittel dazu verwendet, ihren Betrieb in modernster Art auszubauen, auch Arbeiterwohnungen sind gebaut worden. Sie hat damit die Arbeitsgelegenheit in der Zwickauer Gegend erheblich vermehrt. Nachdem die Banken herbeigeworfen, hat die Serpentin A. G. von dem Arbeitsministerium die Entlohnung erhalten, 40 Arbeitern zu ländigen. Es ist jedoch nur 26 Arbeitern gestattet worden. Diese Arbeitskräfte sind infolge Überfüllung der Banken und durch die Modernisierung des Betriebes entbehrlich geworden. An sich wäre die Entlassung dieser Arbeiter schon vor Weihnachten 1924 geboten gewesen, die Verwaltung der Serpentin A. G. hat aber davon abgesehen, weil sie vor Weihnachten keine Entlassungen vornehmen wollte.

Unter den Entlassenen befindet sich weder ein im Betriebe der Serpentin A. G. berufener Arbeiter, noch ein 15 Jahre altiger gewerblicher Arbeiter.

Schlößler sind einige ältere Arbeiter von der Verpflanzung, zur Arbeit zu erscheinen, befreit worden, erhalten aber nach wie vor ihren angesehnen Lohn ohne Gegenleistung anbezahlt. Die von der Serpentin A. G. bezahlten Löhne stehen an der Spitze des Besitzt.

3. Ob der Lohnbuchhalter Bruno Schöneher ein Diktand des Minister Müller ist, ist unbestimmt. Schöneher gibt an, daß es nicht der Fall ist.

4. Minister Müller hat irgend welche Geschäftsbeziehungen zur Serpentin A. G. niemals gehabt, insbesondere hat er niemals Gelder vermittelt, weder bei Barmer oder Riense oder sonstigen. Minister Müller ist allerdings einmal in Begleitung eines Herrn, der geschäftlich mit der Serpentin A. G. zu tun hatte, in Zwickau gewesen und hat bei dieser Gelegenheit die Verhältnisse angesehen. Dies wird nach alter Gewohnheit jedem gewährt, der sich für den Betrieb interessiert.

5. Direktor Fleischmann ist allerdings früher Steuermann gewesen, er schloß sich aber dieser Tätigkeit nicht an. Er war übrigens schon vor dem Krieges Betriebsleiter der Sächsischen Serpentin-Mittelschicht A. G. m. B. H., aus der die Serpentin A. G. hervorgegangen ist. Er besitzt weder 100 000 Reichsmark Vermögen, noch eine Villa. Das ihm als Dienstwohnung zugeordnete Wohnhaus der Serpentin A. G. wird allerdings gegenwärtig festgehalten und ist nicht wegen des Barmer-Standard unvollendet geblieben. Der Lohnbuchhalter Bruno Schöneher ist nicht Vertriebenemann

Fleischmann. Direktor Fleischmann ist seinerzeit durch die bürgerliche Mehrheit zum Stadtrat von Zwickau gewählt worden. Er hat niemals wieder in die sozialdemokratische Parteifolge bejahlt.

* **Staatliche Kraftwagenlinien.** Die staatliche Kraftwagenlinie Pirna-Neundorf wird am 10. d. M. in Betrieb genommen. Kaufmann über die Linie erteilen die Staatliche Kraftwagenverwaltung Dresden-N., Mühlener Str. 1b, sowie die Kraftwagenstellen der S. S. und der Dresdener Verkehrsverein.

* **Die Schlachtkamer.** Das Finanzministerium hat auf die vorliegenden Eingaben auf Befehl der sächsischen Schlachtkamer einen abschließenden Bescheid erteilt.

* **Ein Landverband sächsischer Jungbauern.** Der in Dresden gegründete Landverband ist umfaßt durch 2500 Mitglieder. Zweck des Verbandes ist die Vertretung für die kommende Reichswahl.

* **Genossenschaftliche mit Hagau.** Der Genossenschaftliche mit Hagau, Kufenthal und Gentes ist vom 1. März ab umbezeichnet ausgefallen. Die Gesamtbilanz für ein gewöhnliches Dreimonatsintervall mit Bilanzposten beträgt 3,90 RM., mit Kufenthal und Gentes 4,40 RM.

* **Ehemig.** In der Hotelbauangelegenheit am Theaterplatz ist zwischen Vertretern des Rates und dem Hotelbauverein bei der Ehemig Handlung vereinbart worden, den geplanten Jochenweber für alle in Ehemig wohnhaften Architekten öffentlich auszuschreiben und eine sächsische auswärtige Architekten zu dem Wettbewerb einzuladen.

* **Schneberg.** Aus der zwölf Mitglieder starken „Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft“, in der bisher sämtliche auf bürgerlichen Seiten gewählten Stadtverordneten vertreten waren, sind die sechs auf den Listen der „Demokratischen Partei“ und des „Bürgervereins“ gewählten Stadtverordneten ausgeschieden und haben sich als „Freie Bürgerliche Vereinigung“ konstituiert.

* **Neustadt.** Die Stadtverordneten haben einen kommunikativen Antrag angenommen, die Löhne der Stadtarbeiter, die die Kantalarbeiten ausgeführt haben, für die Zeit um 25 Prozent zu erhöhen. Abgelehnt wurde, Steuererlässe in öffentlicher Sitzung zu beraten.

* **Grünhain.** Aus den Erträgen der Mietstrafsteuer haben die Stadt für Zwecke des Wohnungsbaues 180 000 M. zur Verfügung, von denen erst 80 000 M. im Laufe des Rechnungsjahres eingehen werden. In diesem Jahre werden 15 bis 18 Wohnungen errichtet. Die Zahl der Wohnungsuchenden beträgt 980, die unter 25 Jahre alten Wohnungsuchenden nicht gerechnet. Die Sparsamkeit hat solche Fortschritte gemacht, daß mit 200 000 bis 300 000 M. Hypotheken gedeckelt werden kann, die zu dem niedrigen Zinsfuß von 3 Proz. aufgegeben werden sollen. Den Ausfall von 3 Proz. wird die Stadt übernehmen. Bei der Kreditanstalt sächsischer Gemeinden wird ein Vorstoß von 75 000 M. beantragt bei einem Zinsfuß von 13 Proz. Der Ausbau der Kraftbergbauung wird energisch betrieben.

* **Reichenberg.** Die Stadtverordneten haben die Aufnahme einer Auslandsanleihe von 70 000 M. genehmigt. Es soll zur Anschaffung eines neuen Galometers, Verlangern der Wasserleitung nach dem Ortsteil Hirschfeld und zur Weiterführung der Wasserleitung nach dem Ortsteil Dörfel verwendet werden. Der Entwurf des Veranschlagungsausschusses über die kostenfreie Totenbestattung, wurde nach folgenden Richtlinien angenommen: Begräbnisgebühr auf Wunsch bis zum Höchstbetrage von 125 M. für Erwachsene, 85 M. für Kinder über 4 Jahre und von 40 M. für Kinder bis zu 4 Jahren. Das Jahresentkommen des Nachlassenden darf nicht mehr als 1500 M. betragen. Die erforderlichen Mittel wer-

den im Haushaltsplan eingestellt. — Ein Antrag der kommunikativen Gruppe des Kollegiums wegen eines Stadthauses (1.6 Familien) für die, welche die überhaupt keine Wohnung erhalten können, wurde angenommen und dem Räte anheimgestellt, aus der Mietzinssteuer die Hälfte der Baukosten zu entnehmen. — Ein weiterer Antrag, betreffend die soziale Vertiefung eines Grundstücks zu einem öffentlichen Turn-, Sport- und Kinderplatz wurde einstimmig zum Beschluß erhoben; es ist zunächst eine Bestimmung des zur Verfügung stehenden Geländes in nächster Nähe der Stadt vorgenommen worden. — Ferner wurde ein Antrag, erfolge des Kosten Antrages der Juchter in den Sitzungen den Jahresraum zu verabschieden, mit 11 gegen 6 Stimmen angenommen.

* **Kattowitz.** Die Stadtverordneten erließen einstimmig den Bescheid der Stadt Kattowitz zum Wasserwerk für die Stadt Kattowitz. Die Einleitung des Wasserwerks ist an der hiesigen sächsischen Handelsschule als Wahlfach genehmigt die Stadtverordneten von Oktober 1925 ab mit der Maßgabe, daß mindestens 15 Schüler sich am Unterricht beteiligen. — Die Stadtverordneten genehmigten die Aufnahme eines Lehrgangsbetriebs von 80 000 M. bei der Stadtverwaltung der Sächsischen Gemeinden zum Zweck der Erneuerung des Stadtgebäude. — Mit der Einrichtung einer Metallarbeiter- und Tischlerwerkstatt an der Sächsischen Gewerbeschule erklärten sich die Stadtverordneten einverstanden unter Bewehrung der Beiträge des Betriebsamministratoriums in Höhe von 5000 M., ferner noch zu Lasten des Haushaltsplans auf 1925/26 noch 2500 M.

* **Leipzig 4. B.** Das Stadtverordnetenkollegium, das aus 12 bürgerlichen, 4 sozialdemokratischen und 9 kommunikativen Vertretern besteht, erbat an vergangenen Freitag, einen rein bürgerlichen Vorstand, weil die bei der Wahl ausgesetzten gewählten Sozialdemokraten in allen Wahldistrikten keine Partei abgaben. Infolgedessen erbat der Sozialdemokratische Parteivorstand, Schulleiter Schott als erster und Kaufmann Groß als zweiter Stellvertreter 12 Stimmen während die Kommunisten mit ihren Gegenwärtigen mit 9 Stimmen in der Mindestzahl blieben. Wähler bestand das Kollegium aus zwei Kommunisten und einem Sozialdemokraten.

* **Chemnitz.** Das Stadtverordnetenkollegium ist der Entwurf eines Entwurfs über die kostenfreie Totenbestattung vorgelegt worden. Er soll zunächst dem Verfassungsausschuss zur Vorbereitung übergeben werden.

* **Wagau.** Bei dem Votum über den sozialdemokratischen Antrag auf Neuwahl des Stadtverordnetenkollegiums ist nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen für die Neuwahl aufgebracht worden. Von 1104 Wahlberechtigten läßt sich mindestens die Hälfte für eine Neuwahl entscheiden müssen es haben aber nur 1145 Personen für die Neuwahl gestimmt.

* **Neustadt.** Die Stadtverordneten haben das Jahresendgutgeld von 4 auf 6 RM. monatlich festgelegt.

* **Hilna.** Mit 30 von 35 Stimmen ist Bürgermeister Schuffler von den Stadtverordneten auf weitere sechs Jahre für sein Amt gewählt worden. — Für die Diktanden der Opfer der Totenbestattung sind die Stadtverordneten 1000 M. bewilligt.

* **Wagau.** Die Stadtverordneten haben die Doppelheimeinfälle in am Wasserbezugsgebiete beschlossen worden. Dort sollen in nächster Zeit bis 50 Heimeinfälle erbaut werden. Die Heimeinfälle sollen die Wasserpreise. Die Heimeinfälle sollen die Wasserpreise. Die Heimeinfälle sollen die Wasserpreise.

* **Bischofs.** Von den Gemeindevorständen ist Stadtkapitän Lehr in Frauenstein zum Bürgermeister von Bischofs ernannt worden. Eine am Sonntag vorgenommene Gemeindevorstandssitzung hat nicht die erforderliche Mehrheit für die Wahlung des Gemeindevorstandeskollegiums ergeben.

März.

Hörst du die Schere des Gärtners flappen, welcher die fahlen Gesträuche beschneidet? Hast du den Vogellaut vernommen, diesen Morgen im Dirlenghege: einen vorlauten Juchzer der Zippe? Schrie nicht des Nachts eine Kähe in Brunst? Spürst du den Anhauch durchwärmerer Lüfte? Schmiegt sich nicht zärtlich der Strahl der Sonne an die jungduftigen Blumen im Fenster: knospensprengenden Hyazinthen? Lächelt er dich nicht, wenn er abends geschieden, wie mit Hoffnung bereichert zurück? Und die himmel-umdampenden Wolken! Und die neue Musik des Regens, der auf das Erdbreich herniederdrückt, wie mit Verheißung die Erde berührt! Und die Krähe auf nacktem Gestein wonehnt! Und die erprießenden Winterfaaten: alle die grün besäeten Felder! Und die Tiere — erwachenden Tiere, welche dem Lichte entgegendürsten! Und die Tage — erblauenden Tage, welche der Helle entgegenwachsen! Und die Herzen, die Herzen der Menschen, welche der Liebe entgegenreifen!!

S. K. Benschdorf.

Sächsischer Altertumsverein.

In der Sitzung am Montag, den 2. März, sprach Vorsitzender Dr. Kaumann über „Archaisches Wappentum bei Beginn des 19. Jahrhunderts“. Der Vortragende bot

ein Bild von den Wappentum, die ihm bei Ausbruch des großen Krieges zur Verfügung standen, in Form eines Dreiecks durch die sächsische Wappentum. Hundert war die Unterzählung auf die sächsische Wappentum, von der der Vortragende ausging. Aber Stillschlamm entspricht auch eine für gemäße Wappentum, dem Lehnsaat des Mittelalters bis Mittelzeit, dem absoluten Stand des 18. Jahrhunderts das lebende Gold. Aussehen war bei Beginn des 17. Jahrhunderts ein Stillschlamm, eine Übergangsform vom mittelalterlichen Lehnsaat zum modernen absoluten Staat. Dementsprechend mußte auch sein Wesen diesen Übergang dokumentieren: Reste der mittelalterlichen Wappentum mußten vereinigt sein mit den Kräften des (damals) modernen Goldes. In der Tat bestand in Sachsen um 1600 noch das ganze sächsische Wappentum, allerdings fast nur noch auf dem Papier der Wappentum. Der mittelalterliche Wert der alten Wappentum war keine gleich. Ein und wieder vorgenommene Wappentum ergaben ein mögliches Bild, ebenso schloß es an die „Folge“ aus den sächsischen Wappentum, die, mittelalterlich betriebe, nicht weiter als eine große Masse umgibt und schlecht bewaffneten Bauern darstellte. Etwas besser stand es um die bewaffneten Wappentum der Städte. Die waren nicht nur modern mit Feuerwaffen ausgerüstet, sondern auch in ihrem Gebrauch geübt durch die Wappentum, die gerade damals ihre höchste Blüte erlitten. Die größten Städte verfügten auch über eine beachtliche Artillerie. Den Wappentum für diese Artillerie auf dem Papier bildeten die sogenannten Heeresreitwagen, auf den sächsischen Wappentum und den Sächsischen (Weisen, Raumbung und Wappentum) zu stellen. Diese ganze Wappentum sammelte seiner Form nach aus der Zeit der höchsten Wappentum, war also völlig veraltet, mittelalterlich ohne Wert. Das kam, da) der Kaiser dieses Heeresreitwagen nur im Falle wirklich einzusetzen: kein Rot aufblenden durfte. So mußte er zu

Eicherung von Land und Leuten wenigstens im kleinen Verfügen, ein modernes Kriegswesen zu unterhalten, d. h. sowohl das reine Mittel als auch. Dazu die Landstände, von deren gutem Willen der Kaiser finanziell völlig abhängig war, waren sehr wichtig in der Bewilligung von Geld für Kriegszwecke. So konnte der Kaiser nur eine bestimmte Lebeweise, die sogenannten Heeresreitwagen, ferner eine kleine Garde, in der Stellung Dresden, die sogenannten Heeresreitwagen, unterhalten. Dazu gehörte auch die Sorge für den Ausbau der Landesfestungen. An der Spitze des Heeresreitwagen und Bauwesens stand 1602 bis 1619 der Heeresreitwagen oberst Centurius Pilg. Dieser begabte Offizier schuf in den Jahren 1603 bis 1613, gegen den Widerstand der Landstände, die für den Landesbau adäquate Heeresreitwagen: Das sächsische Heeresreitwagen wert. Unter Begründung des Gedanken der Allgemeinen Wehrpflicht sah er alle Wehrfähige Heeresreitwagen für den drohenden großen Krieg zusammen. Der Vortragende stellte ausführlich dar, wie aus dem Wunsch der Bürger und Bauern das Heeresreitwagen formiert wurde, wie aus den Heeresreitwagen die Heeresreitwagen entstanden usw. Zum Schluß legte er die Gründe dar, aus denen heraus das Heeresreitwagen im Dreißigjährigen Krieg versagen mußte. Begleitendes war der Gedanke der Allgemeinen Wehrpflicht im Standesamt des 17. Jahrhunderts eine Unmöglichkeit.

suchen, die mit den von Herrn Geheimrat Lamm hat, Direktor des Universitätsmuseums für Archaisierung an der Chemnitz, Dresden, anderen Kattowitz und den auf letzteren erscheinenden Geschäften angefaßt wurden. Momenthaft hat bekanntlich aus sächsischen Wappentum des Landes Kattowitz geschaltet, mit denen es ihm gelang, wiederum sächsische Wappentum bei Kattowitz durch Injektion dieser Reime hervorzuheben. Zum ersten Male konnten nun durch einen anderen Unterfächer diese Ergebnisse: Momenthaft bestätigt werden, nachdem die hierzu erforderlichen erheblichen Aufwendungen für wissenschaftliche Zwecke vom sächsischen Erbschaftsvermögen zur Verfügung gestellt waren. Herr Dr. Reiter führte im einzelnen noch aus, daß geeignete Wappentum zwischen mehreren an verschiedenen Zeiten geführten Injektionen bestehen. Außerdem behandelte er insbesondere die Frage der Wappentum der sächsischen Wappentum und berichtete von eigenen gelangenen Versuchen der Wappentum durch Wappentum.

Dem Vortrage wohnten bei: Herr Geheimrat Lammthal aus Berlin und Herr Prof. Smith aus Washington (Kontakamerika), Vorsitzender des Amerikanischen Verein für Archaisierung und Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Amerika, einer der hervorragendsten Gelehrten, der auf dem Gebiete der Wappentum bahnbrechend gewirkt hat. Der Vortrag wurde durch zahlreiche Demonstrationen in wirksamer Weise ergänzt. — Ob und wie weit es möglich sein wird, auf Grund dieser Untersuchungen Mittel zur Wappentum und Heilung der Wappentum beim Wappentum zu gewinnen, muß dem systematischen Wappentum der Wappentum vorbehalten bleiben. Auch darüber sind umfangreiche Versuche im sächsischen Erbschaftsvermögen im Gange. Die dem Vortrage sich anschließende Diskussion legte lebhaftes Zeugnis von dem regen Interesse ab, welches diese Frage in der hiesigen Archaisierung erregt hat.

Dresdner Kurse vom 3. März

Table of market prices for various goods including flour, oil, and other commodities. Columns include item names, units, and prices.

Der deutsche Außenhandel im Januar 1925.

Im Januar hat sich der deutsche Außenhandel gegenüber dem Vormonat nur unwesentlich verändert. Es betrug die

Table showing trade statistics for January 1925, comparing import and export values in million Reichsmarks.

Die Wertergebnisse auf der Grundlage der Vorjahrespreise und die Mengenverhältnisse verglichen mit den entsprechenden Ergebnissen des Vormonats sind aus den folgenden Aufstellungen zu ersehen.

Table showing trade statistics for January 1925, comparing import and export values in million Reichsmarks, with a note about price changes.

Die im Vormonat ergab sich auch im Januar eine außerordentlich hohe Passivität (674 Mill. R.-M.). Die Einfuhr ist gegenüber dem Vormonat um 63 Mill. R.-M. gestiegen, während die Ausfuhr eine Verminderung um 42 Mill. R.-M. aufweist.

Bei der Fertigwareneinfuhr ist im Januar gegenüber dem Vormonat eine weitere Steigerung um 29 Mill. R.-M. festzustellen. Geht man von der Einfuhr an Textilwaren (um rund 26 Mill. R.-M.), Leder (um 4,6 Mill. R.-M.) und Kraftfahrzeugen (um 4 Mill. R.-M.), während die Einfuhr an Eisenwaren und Holzwerkzeugen leicht zurückgegangen ist.

Die Einfuhr an Gold und Silber erreichte mit 89,6 Mill. R.-M. nahezu die Höhe des Vormonats.

Die Ausfuhr an Lebensmitteln und Getränken ist im Januar gegenüber dem Vormonat um 11,9 Mill. R.-M. zurückgegangen, was auf die im 12,9 Mill. R.-M. verminderte Ausfuhr bei Zucker zurückzuführen ist.

Die Ausfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren zeigt gegenüber dem Vormonat eine Steigerung um 78,2 Mill. R.-M., während beträchtliche Zunahmen bei Eisen (um 14 Mill. R.-M.), Fleisch, Speck und Fleischwaren (um 6 Mill. R.-M.) und Wein (um 6,4 Mill. R.-M.) aufweisen.

Die Einfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren zeigt im Januar gegenüber dem Vormonat eine Steigerung um 78,2 Mill. R.-M., wovon allein 56 Mill. R.-M. auf die vermehrte Einfuhr an Textilrohstoffen (darunter Wolle zu rechnen sind, vertrieben und geeignet, Maßnahmen im dem erforderlichen Ausmaß zu schaffen.

Der Entwurf sieht für die Steuerbefreiung der Steuerbefreiung vor. Für Tabak sollen die Steuerbefreiung bei Zigaretten und Pfeifen tabak von 20 % auf 25 % des Kleinverkaufspreises, bei Zigaretten und Pfeifen tabak von 40 % auf 50 % des Kleinverkaufspreises, bei Kautschuk von 5 % auf 10 % des Kleinverkaufspreises, bei Schnupftabak von 10 % auf 15 % des Kleinverkaufspreises herabgesetzt werden.

Wahrscheinlich enthält der Entwurf neben formalen Änderungen auch Vorschriften über die Zahlungsweise, die Feuerliche Behandlung der Waren, die Erhaltung der bei der Tabaksteuer sowie für beide Verbrauchsteuern Änderungen von Strafverfügungen und Vorschriften über Nachversteuerung und Nachverfolgung.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Am 1. März haben in Berlin die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über den Abschluss eines deutsch-polnischen Handelsvertrages begonnen. Die allen anderen und assoziierten Mächten gegenüber lief für Deutschland auch im Verhältnis zu Polen mit dem 10. Januar d. J. die Verpflichtung der bedingungslosen Restitutio anknüpfend im Handelsvertrage ab. Das hat bereits im Januar vorläufige deutsch-polnische Wirtschaftsverhandlungen zur Folge gehabt, bei denen man sich darauf einigte, von irgendwelchen Kampfzwecken beiderseits abzusehen und von da ab bis zum 1. April die autonomen Zolltarife auf beiden Seiten in Kraft zu setzen.

In diesem vorläufigen Wirtschaftsabkommen wurde gleichzeitig der Beginn der Verhandlungen über ein einheitliches Wirtschaftsabkommen auf den 1. März festgesetzt. Wichtiger noch als der 10. Januar d. J. ist für die Regelung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen ein anderer Termin, nämlich der 15. Juni. An diesem Tage erlischt die Verpflichtung Deutschlands, bestimmte Kontingente an Rohstoffen und Eisen aus Polen zu liefern.

Die Fertigwareneinfuhr ist gegenüber dem Vormonat um 37 Mill. R.-M. zurückgegangen, was auf die im 12,9 Mill. R.-M. verminderte Ausfuhr bei Zucker zurückzuführen ist. Die Ausfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren zeigt gegenüber dem Vormonat eine Steigerung um 78,2 Mill. R.-M., wovon allein 56 Mill. R.-M. auf die vermehrte Einfuhr an Textilrohstoffen (darunter Wolle zu rechnen sind, vertrieben und geeignet, Maßnahmen im dem erforderlichen Ausmaß zu schaffen.

Der Entwurf sieht für die Steuerbefreiung der Steuerbefreiung vor. Für Tabak sollen die Steuerbefreiung bei Zigaretten und Pfeifen tabak von 20 % auf 25 % des Kleinverkaufspreises, bei Zigaretten und Pfeifen tabak von 40 % auf 50 % des Kleinverkaufspreises, bei Kautschuk von 5 % auf 10 % des Kleinverkaufspreises, bei Schnupftabak von 10 % auf 15 % des Kleinverkaufspreises herabgesetzt werden.

Wahrscheinlich enthält der Entwurf neben formalen Änderungen auch Vorschriften über die Zahlungsweise, die Feuerliche Behandlung der Waren, die Erhaltung der bei der Tabaksteuer sowie für beide Verbrauchsteuern Änderungen von Strafverfügungen und Vorschriften über Nachversteuerung und Nachverfolgung.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Am 1. März haben in Berlin die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über den Abschluss eines deutsch-polnischen Handelsvertrages begonnen. Die allen anderen und assoziierten Mächten gegenüber lief für Deutschland auch im Verhältnis zu Polen mit dem 10. Januar d. J. die Verpflichtung der bedingungslosen Restitutio anknüpfend im Handelsvertrage ab.

Momente hineingetragen werden, sondern es ergibt sich die unbedingte Notwendigkeit, die Atmosphäre der wirtschaftlichen Verhandlungen erst von politischen Trübungen zu reinigen. Es wäre beispiellos fieslos, auf dem Papier wirtschaftliche Beziehungen zu erreichen und zu regeln, wenn in der Praxis Größeren des deutschen Wirtschaftslebens die größten Schwierigkeiten bei der Einreise nach Polen gemacht werden.

Es ist in Teilkreisen wohl bekannt, daß in weiten Kreisen des polnischen Wirtschaftslebens großes Verhängnis für die Notwendigkeit der Herstellung einer wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland unter Ausschaltung der diese Beziehungen bisher vergründeten politischen Momente vorzuziehen ist. Die Stimmung der wirtschaftlichen Kreise ist aber in Polen bisher stets durch das Gewicht des Westmarkenvertrages und ähnlicher Abreden überstrahlt worden. Es wäre ein Gewinn für beide Teile, wenn sie sich diesem Angebots der schwierigen wirtschaftlichen Lage in Polen bei den deutsch-polnischen Verhandlungen durchsetzen könnten.

Die einheitliche Regelung des europäischen Eisenbahnverkehrs. Im Jahre 1893 trat das internationale Abkommen über den Eisenbahnverkehr in Kraft, an dem zunächst zehn Staaten beteiligt waren, und dem später noch acht beitraten. Es war der erste Schritt zur Vereinheitlichung des Transportwesens in Europa. Gleichzeitig wurde das Internationale Genfer Abkommen für den internationalen Eisenbahntransport mit dem Sitz in Bern errichtet. In dem Abkommen war bestimmt, daß alle fünf Jahre auf Veran von einem Drittel der Vertragsstaaten eine Konferenz zur Beratung etwaiger Verbesserungen abgehalten werden sollte. Solche Konferenzen fanden bis zum Weltkrieg mehrmals statt. Eine dieser Konferenzen hatte ein internationales Abkommen auch über den Personen- und Gepäckverkehr erlassen, das jedoch infolge des Krieges nicht zur Annahme gelangte. Einige Staaten kündigten nach dem Kriege das Abkommen über den Frachtverkehr, es blieb jedoch bis zum Zusammenbruch der ersten Konferenz nach dem Kriege, im Mai 1923, in Kraft, an der außer den Vertragsstaaten eine Anzahl weiterer Staaten teilnahmen. Nach längerem Verhandlungen wurden im vergangenen Herbst beide Abkommen vorbehaltlich der Ratifikation von insgesamt sieben Staaten unterzeichnet: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Italien, Letland, Litauen, Luxemburg, den Niederlanden, Rumänien, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, der Schweiz, Jugoslawien, Spanien, der Tschechoslowakei, Ungarn und der Sowjetunion. Das Abkommen betreffend den Frachtverkehr enthält u. a. Bestimmungen über die von der Beförderung ausgehenden Gegenstände, die Beförderungsbedingungen, die Eisenbahn, Frachttarife, Frachtberechnung, Befreiungen, Verpackung, Erfüllung der polnischen Anforderungen, Frachtsicherung, Befreiung der Eisenbahn, Haftung, Entschädigung u. a. Das Abkommen über den Personen- und Gepäckverkehr enthält Bestimmungen über die Beförderung der Reisenden, Fahrpläne, Reisegepäck und seine Beförderung, Tarife, Haftung, Entschädigung, Klagen. Die Ratifikation soll so beschleunigt werden, daß die Abkommen am 1. Juni d. J. ratifiziert sind. Mit ihrem Inkrafttreten ist ein weiterer Fortschritt in der einheitlichen Regelung des europäischen Eisenbahnverkehrs erreicht.

10 Millionen-Dollaranleihe der württembergischen Städte. Die Verhandlungen zum Abschluss einer 10 Millionen-Dollaranleihe der württembergischen Städte unter Führung der Stadt Stuttgart mit einem amerikanischen Bankkonzern haben nunmehr zu einem Ergebnis geführt. Die Anleihe ist mit einem Zinssatz von 7 %, der sich zusätzlich aller weiteren Verlusten auf 8 % steigern wird, bereits genehmigt.

Die Industrialisierung Hollands. In den letzten 20 Jahren hat sich die Industrialisierung Hollands in raschem Tempo vollzogen. Im Jahre 1900 betrug die Zahl der Industriearbeiter in Holland 651 000 Industriearbeiter. Im Jahre 1910 hatte sich die Zahl auf 791 000 und im Jahre 1921 auf 1 030 000 erhöht. 1900 waren ungefähr 18 % der Bevölkerung in Industrieberufen tätig, 1921 dagegen 25 %. Der eigentliche Aufschwung erfolgte während des Krieges mit dem Auskommen der Kriegsindustrie. Sie hatte das Ergebnis, daß gegenwärtig ungefähr 45 % aller Arbeiter in der Industrie beschäftigt sind. Demgegenüber nahm die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter ab. Im Jahre 1900 waren 11,2 % = 370 000 Personen der Bevölkerung in landwirtschaftlichen Berufen tätig, im Jahre 1921 nur noch 9 %. Über die Bedeutung Hollands als Industriestaat dürfen folgende Zahlen unterrichtet sein: Im Jahre 1921 wurden Industriewerke im Werte von 533 Millionen Gulden angekauft. Dem steht aber noch ein Kaufvermögen in landwirtschaftlichen und anderen Berufen gegenüber, der auf insgesamt 1100 Millionen Gulden zu veranschlagen ist. Es ist die Industrialisierung Hollands in ihrem gegenwärtigen Ausmaß halten kann, hängt von der ganzen Gestaltung des Weltmarktes ab. Infolge der Stabilisierung der europäischen Wäلتen war Holland im Laufe des Jahres 1924 in der Lage, seinen Export besonders nach Deutschland zu steigern. Diese Steigerung erfolgte auf Kosten Englands, Frankreichs, Belgiens und der Schweiz. Wenn man die Einfuhrwaren betrachtet, ergibt sich, daß sie zum großen Teil in Textilien, Eisen, Tabak und Kohle besteht. Auch in Textilien haben die Holländer ihren Export nach Deutschland steigern können. Hierbei stellt sich immer mehr heraus, daß die wirtschaftliche Bedeutung Hollands mehr im Handel als in der Produktion liegt. So hat der Konsumtanzwert auf dem Weltmarkt bewiesen, daß die holländische Produktion besonders in Textilien den Anforderungen der Konkurrenz nicht genügt. Insofern die holländischen Exportwaren immer mehr und mehr den Gedanken erwecken, ihre Produktion, die sie auf dem Weltmarkt absetzen wollen, in Deutschland herstellen zu lassen, wo die Gestehungskosten billiger sind als in Holland. Man könnte bei Betrachtung dieses Planes zu einer gründlichen Überlegung, die sich im Frieden voll und ganz bewährt hat.

Die deutsch-polnischen Handelsverhandlungen. Am 1. März haben in Berlin die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über den Abschluss eines deutsch-polnischen Handelsvertrages begonnen. Die allen anderen und assoziierten Mächten gegenüber lief für Deutschland auch im Verhältnis zu Polen mit dem 10. Januar d. J. die Verpflichtung der bedingungslosen Restitutio anknüpfend im Handelsvertrage ab.

Die deutsch-polnischen Handelsverhandlungen. Am 1. März haben in Berlin die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über den Abschluss eines deutsch-polnischen Handelsvertrages begonnen. Die allen anderen und assoziierten Mächten gegenüber lief für Deutschland auch im Verhältnis zu Polen mit dem 10. Januar d. J. die Verpflichtung der bedingungslosen Restitutio anknüpfend im Handelsvertrage ab.

Die deutsch-polnischen Handelsverhandlungen. Am 1. März haben in Berlin die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über den Abschluss eines deutsch-polnischen Handelsvertrages begonnen. Die allen anderen und assoziierten Mächten gegenüber lief für Deutschland auch im Verhältnis zu Polen mit dem 10. Januar d. J. die Verpflichtung der bedingungslosen Restitutio anknüpfend im Handelsvertrage ab.

Die deutsch-polnischen Handelsverhandlungen. Am 1. März haben in Berlin die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über den Abschluss eines deutsch-polnischen Handelsvertrages begonnen. Die allen anderen und assoziierten Mächten gegenüber lief für Deutschland auch im Verhältnis zu Polen mit dem 10. Januar d. J. die Verpflichtung der bedingungslosen Restitutio anknüpfend im Handelsvertrage ab.

Die deutsch-polnischen Handelsverhandlungen. Am 1. März haben in Berlin die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über den Abschluss eines deutsch-polnischen Handelsvertrages begonnen. Die allen anderen und assoziierten Mächten gegenüber lief für Deutschland auch im Verhältnis zu Polen mit dem 10. Januar d. J. die Verpflichtung der bedingungslosen Restitutio anknüpfend im Handelsvertrage ab.

Die deutsch-polnischen Handelsverhandlungen. Am 1. März haben in Berlin die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über den Abschluss eines deutsch-polnischen Handelsvertrages begonnen. Die allen anderen und assoziierten Mächten gegenüber lief für Deutschland auch im Verhältnis zu Polen mit dem 10. Januar d. J. die Verpflichtung der bedingungslosen Restitutio anknüpfend im Handelsvertrage ab.

Die deutsch-polnischen Handelsverhandlungen. Am 1. März haben in Berlin die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über den Abschluss eines deutsch-polnischen Handelsvertrages begonnen. Die allen anderen und assoziierten Mächten gegenüber lief für Deutschland auch im Verhältnis zu Polen mit dem 10. Januar d. J. die Verpflichtung der bedingungslosen Restitutio anknüpfend im Handelsvertrage ab.

Die deutsch-polnischen Handelsverhandlungen. Am 1. März haben in Berlin die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über den Abschluss eines deutsch-polnischen Handelsvertrages begonnen. Die allen anderen und assoziierten Mächten gegenüber lief für Deutschland auch im Verhältnis zu Polen mit dem 10. Januar d. J. die Verpflichtung der bedingungslosen Restitutio anknüpfend im Handelsvertrage ab.

Die deutsch-polnischen Handelsverhandlungen. Am 1. März haben in Berlin die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über den Abschluss eines deutsch-polnischen Handelsvertrages begonnen. Die allen anderen und assoziierten Mächten gegenüber lief für Deutschland auch im Verhältnis zu Polen mit dem 10. Januar d. J. die Verpflichtung der bedingungslosen Restitutio anknüpfend im Handelsvertrage ab.

Die deutsch-polnischen Handelsverhandlungen. Am 1. März haben in Berlin die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über den Abschluss eines deutsch-polnischen Handelsvertrages begonnen. Die allen anderen und assoziierten Mächten gegenüber lief für Deutschland auch im Verhältnis zu Polen mit dem 10. Januar d. J. die Verpflichtung der bedingungslosen Restitutio anknüpfend im Handelsvertrage ab.

Die deutsch-polnischen Handelsverhandlungen. Am 1. März haben in Berlin die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über den Abschluss eines deutsch-polnischen Handelsvertrages begonnen. Die allen anderen und assoziierten Mächten gegenüber lief für Deutschland auch im Verhältnis zu Polen mit dem 10. Januar d. J. die Verpflichtung der bedingungslosen Restitutio anknüpfend im Handelsvertrage ab.

Die deutsch-polnischen Handelsverhandlungen. Am 1. März haben in Berlin die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über den Abschluss eines deutsch-polnischen Handelsvertrages begonnen. Die allen anderen und assoziierten Mächten gegenüber lief für Deutschland auch im Verhältnis zu Polen mit dem 10. Januar d. J. die Verpflichtung der bedingungslosen Restitutio anknüpfend im Handelsvertrage ab.

Die deutsch-polnischen Handelsverhandlungen. Am 1. März haben in Berlin die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über den Abschluss eines deutsch-polnischen Handelsvertrages begonnen. Die allen anderen und assoziierten Mächten gegenüber lief für Deutschland auch im Verhältnis zu Polen mit dem 10. Januar d. J. die Verpflichtung der bedingungslosen Restitutio anknüpfend im Handelsvertrage ab.

Die deutsch-polnischen Handelsverhandlungen. Am 1. März haben in Berlin die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über den Abschluss eines deutsch-polnischen Handelsvertrages begonnen. Die allen anderen und assoziierten Mächten gegenüber lief für Deutschland auch im Verhältnis zu Polen mit dem 10. Januar d. J. die Verpflichtung der bedingungslosen Restitutio anknüpfend im Handelsvertrage ab.

Die deutsch-polnischen Handelsverhandlungen. Am 1. März haben in Berlin die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über den Abschluss eines deutsch-polnischen Handelsvertrages begonnen. Die allen anderen und assoziierten Mächten gegenüber lief für Deutschland auch im Verhältnis zu Polen mit dem 10. Januar d. J. die Verpflichtung der bedingungslosen Restitutio anknüpfend im Handelsvertrage ab.

Die deutsch-polnischen Handelsverhandlungen. Am 1. März haben in Berlin die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über den Abschluss eines deutsch-polnischen Handelsvertrages begonnen. Die allen anderen und assoziierten Mächten gegenüber lief für Deutschland auch im Verhältnis zu Polen mit dem 10. Januar d. J. die Verpflichtung der bedingungslosen Restitutio anknüpfend im Handelsvertrage ab.

Die deutsch-polnischen Handelsverhandlungen. Am 1. März haben in Berlin die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über den Abschluss eines deutsch-polnischen Handelsvertrages begonnen. Die allen anderen und assoziierten Mächten gegenüber lief für Deutschland auch im Verhältnis zu Polen mit dem 10. Januar d. J. die Verpflichtung der bedingungslosen Restitutio anknüpfend im Handelsvertrage ab.

Die deutsch-polnischen Handelsverhandlungen. Am 1. März haben in Berlin die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über den Abschluss eines deutsch-polnischen Handelsvertrages begonnen. Die allen anderen und assoziierten Mächten gegenüber lief für Deutschland auch im Verhältnis zu Polen mit dem 10. Januar d. J. die Verpflichtung der bedingungslosen Restitutio anknüpfend im Handelsvertrage ab.

Volkswirtschaft und Handel.

• Deilmetalpreis (Berlin, 3. März). Gold 10 Gramm fein, 28,22-28,24 M.

Die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer.

Die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer hat sich angesichts des dringenden Finanzbedarfs des Reichs als notwendig erwiesen. Wenn auch die Einnahmen des Reichs im Laufe des Rechnungsjahres 1924 sich häufig mindert haben und für die nächsten Monate noch mit den Bedarf bedenklichen Steuererhöhungen gedeckt werden kann, so darf daraus nicht der Schluss gezogen werden, daß die Finanzlage als gesichert zu betrachten sei. Die Einnahmen, die im Reichsfinanzministerium angestrebt worden sind, lassen vielmehr klar erkennen, daß wenn nicht schon früher, so jedenfalls im Rechnungsjahre 1926, selbst bei äußerster Frugalität der Ausgaben, eine Balancierung des Haushalts mit den jetzigen Einnahmen nicht möglich sein wird. Die Schwierigkeiten aber wachsen von Jahr zu Jahr und können nur beseitigt werden, wenn die Einnahmequellen des Reichs reichlich ausgedehnt werden. Die Steuererhöhungen dienen hierzu ein geeignetes Objekt nicht nur, und zwar um so weniger, nachdem es erforderlich geworden ist, aus der hier auf Kolonialländern erwachsenen Überspannung der Steuerlasten Befreiung herauszufinden. Es bleibt uns übrig, auf die in den Verbrauchssteuern liegenden Reserven zurückzugreifen. Aber auch hier sind Grenzen gezogen insofern, als die Steuererhöhung es nicht für angängig erachtet kann, den notwendigen Verbrauch (z. B. Salz, Zucker) einer Überbelastung zu unterwerfen, ganz abgesehen davon, daß sehr erhebliche Mehrerlöse aus diesen Quellen nicht zu erwarten sind. In den Verbrauchssteuern liegt die Befreiung des Verbrauchs von Genussmitteln: Bier und Tabak, die nach der auch vom Reichstag anerkannten Vergrößerung zum entbehrlichen Verbrauch zu rechnen sind, vertrieben und geeignet, Maßnahmen im dem erforderlichen Ausmaß zu schaffen. Der Entwurf sieht für die Steuerbefreiung der Steuerbefreiung vor. Für Tabak sollen die Steuerbefreiung bei Zigaretten und Pfeifen tabak von 20 % auf 25 % des Kleinverkaufspreises, bei Zigaretten und Pfeifen tabak von 40 % auf 50 % des Kleinverkaufspreises, bei Kautschuk von 5 % auf 10 % des Kleinverkaufspreises, bei Schnupftabak von 10 % auf 15 % des Kleinverkaufspreises herabgesetzt werden. Wahrscheinlich enthält der Entwurf neben formalen Änderungen auch Vorschriften über die Zahlungsweise, die Feuerliche Behandlung der Waren, die Erhaltung der bei der Tabaksteuer sowie für beide Verbrauchsteuern Änderungen von Strafverfügungen und Vorschriften über Nachversteuerung und Nachverfolgung.

Tageschronik.

Die Sammlungen für die Dornmunder Opfer.

Wider fast 800 000 M. Die Spenden für die Hinterbliebenen der bei der Gubenkatastrophe auf der Zeche 'Minister Stein' getöteten Bergleute haben bis jetzt die Summe von 800 000 M. ergeben, die in Dornmund zusammengelassen sind.

Ebenfalls nach dem Unglück sind an 91 Familien der Bergleute von der Stadt Dornmund Unterhaltungen von je 200 M. gezahlt worden, um die erste Not zu lindern.

2 1/2 Jahre Gefängnis für eine Verzeihungsdarstellung.

Berlin, 4. März. Vor den Schranken des Schwurgerichts des Landgerichts I stand gestern eine gewisse Marie Steiniger, ein junges, blondes Mädchen, unter der schweren Auflage des Mindestmaßes.

Die Angeklagte, die Tochter eines Handwerkers in Jöh, hatte die Volksschule bis zur ersten Klasse besucht und war seit einer guten halben Stunde als Bierzechnjährige kam sie nach Berlin und fand Stellung im Hause eines Fabrikdirektors.

Mord an der Ehefrau.

Berlin, 3. März. Heute wurde in einem Wodenerkloster der Wohnung des Redakteurs Schreiber im Norden die Leiche der seit Dezember v. J. vermissten Ehefrau Schreiber aufgefunden, die mit einer Wafelkugel zusammengehört war.

Liebesstragödien.

Berlin, 4. März. Ein Kusschen ereignender Vorfall hat sich gestern abend in dem Hause Langestraße 74 abgespielt. Die hier bei ihren Eltern wohnende 20 Jahre alte Eise Witt unterhielt seit langer Zeit mit dem 19 Jahre alten Arbeiter Kubi Jannert aus der Rollenstraße ein Liebesverhältnis.

Beamten der Kriminalpolizei festgenommen werden.

Halle, 3. März. In der vergangenen Nacht ist es auf der verschmähten Straße der Köhlerstraße Buchhalter Reschke die 16 1/2 Jahre alte Tochter Elli des Oberingenieurs Reich auf der Bromnade nieder und tötete sich dann selbst durch zwei Schüsse in die Schläfe. Das junge Mädchen ist schwer verletzt.

Der falsche Akt von Mariacinsiedeln.

Breslau, 3. März. Vor dem Stöffensgericht stand heute der 65 Jahre alte Bogertaler Theodor als Zeuge, ein vielfach mit Justizhand verhafteter Verbrecher. Theodor war im Oktober im vollen Dinnat eines gestrichenen Aktes im Kloster der barmherzigen Brüder erschienen, hat sich als Akt des Klosters Mariacinsiedeln eingefügt und erzählt, daß er aus München komme.

Schwerer Automobilunfall.

Landenberg a. d. Warthe, 3. März. Einen Kilometer vor Meseritz fuhr das Auto des Automobilisten Turbin aus Schwiebus mit großer Geschwindigkeit gegen einen Baum. Frau Turbin war sofort tot, der Sohn erlitt schwere innere Verletzungen, während Direktor Turbin mit leichten Verletzungen davonkam.

Erdrutsch in Helgoland.

Helgoland, 4. März. Na der Ostseite des bebauten Oberlandes sind in Höhe des Kajinos gestern morgen etwa 3000 Kubikmeter Erdmassen ins Meer gerollt. Eine neue erdane Villa ist sehr gefährdet. Der Gärtenbau hängt über der Helgoland. Ein Reckenan, das unmittelbar an der Felsante steht, muß abgebrochen werden.

Hotelbrand in der Schweiz.

Bern, 3. März. In Villars im Kanton Waadt, einem oberhalb des Hotelortes gelegenen Höhenort, ist das Hotel du Parc, das 180 Betten zählt, bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt.

1000 Menschen an Malakia gestorben.

Amsterdam, 4. März. Nach Mitternacht sind an Soerabaya auf Java sind dort bei der letzten, jetzt als überstanden angesehenen Malariapandemie in den letzten Wochen und Vorgang von einer Gesamtbevölkerung von 7000 Personen 3000 von dieser Krankheit befallen worden, von denen etwa 1000 gestorben sind.

3000 Riften Dynamit in die Luft geflogen.

Die Explosion bei Rio de Janeiro. Paris, 3. März. Nach einer Radiomeldung aus Rio de Janeiro liegt ein offizieller brasilianischer Bericht vor, nach dem die Katastrophe auf der Insel Gajo auf dem Grund eines in der Nähe eines Dynamitlagers aufgestellten Petroleumbehälters zurückzuführen ist. Insgesamt sind 3000 Riften Dynamit in die Luft geflogen. Die Zahl der Toten beträgt mehr als 300. Der Aufbruch war so heftig, daß sämtliche auf der Insel gelegenen Häuser eingeschlagen sind und sogar in Rio de Janeiro das Dach des Theaters Phönix abgehoben wurde.

Wann ist ein Eisenbahnplatz belegt? Wiederholt gibt es unliebsame Auseinandersetzungen zwischen den Reisenden im Eisenbahnwagen wegen der Belegung von Plätzen. Es sei daher darauf aufmerksam gemacht, daß durch Einlegen einer Zeitung oder eines Buches sowie durch Niederlegen des Landgepäcks im Gepäckfach ein Anspruch auf den dortiger befindlichen Platz nicht erworben wird.

Polmeister auf Driner Bahnhöfen. Das Mitteleuropäische Reisebüro, (MER) hat jetzt die bereits seit längerer Zeit in Aussicht genommene Aufstellung von Polmeistern auf dem Bahnhof Friedrichstraße, auf dem Anhalter Bahnhof sowie auf dem Schlesischen Bahnhof für die Züge des internationalen Verkehrs durchgeführt. Die Polmeister sind uniformiert und erstellen allen ankommenden und abfahrenden Reisenden unentgeltlich jede gewünschte Auskunft.

Sächsische Landesbibliothek (Japan. Palast).

Geöffnet vertikal 10-12 und 4-7. Besichtigung von dem 2. bis 7. März im Japan. Palast. Die Ausstellung ist die wichtigste Ausstellung der letzten Jahre mit ausgedehnter. 1. Allgemeine und japanische Geschichte und Geographie. 2. Japanische Kunst und Kultur. 3. Japanische Literatur. 4. Japanische Wissenschaften. 5. Japanische Industrie und Handel. 6. Japanische Landwirtschaft. 7. Japanische Medizin. 8. Japanische Philosophie. 9. Japanische Religion. 10. Japanische Geographie. 11. Japanische Kunst und Kultur. 12. Japanische Literatur. 13. Japanische Wissenschaften. 14. Japanische Industrie und Handel. 15. Japanische Landwirtschaft. 16. Japanische Medizin. 17. Japanische Philosophie. 18. Japanische Religion. 19. Japanische Geographie. 20. Japanische Kunst und Kultur. 21. Japanische Literatur. 22. Japanische Wissenschaften. 23. Japanische Industrie und Handel. 24. Japanische Landwirtschaft. 25. Japanische Medizin. 26. Japanische Philosophie. 27. Japanische Religion. 28. Japanische Geographie. 29. Japanische Kunst und Kultur. 30. Japanische Literatur. 31. Japanische Wissenschaften. 32. Japanische Industrie und Handel. 33. Japanische Landwirtschaft. 34. Japanische Medizin. 35. Japanische Philosophie. 36. Japanische Religion. 37. Japanische Geographie. 38. Japanische Kunst und Kultur. 39. Japanische Literatur. 40. Japanische Wissenschaften. 41. Japanische Industrie und Handel. 42. Japanische Landwirtschaft. 43. Japanische Medizin. 44. Japanische Philosophie. 45. Japanische Religion. 46. Japanische Geographie. 47. Japanische Kunst und Kultur. 48. Japanische Literatur. 49. Japanische Wissenschaften. 50. Japanische Industrie und Handel. 51. Japanische Landwirtschaft. 52. Japanische Medizin. 53. Japanische Philosophie. 54. Japanische Religion. 55. Japanische Geographie. 56. Japanische Kunst und Kultur. 57. Japanische Literatur. 58. Japanische Wissenschaften. 59. Japanische Industrie und Handel. 60. Japanische Landwirtschaft. 61. Japanische Medizin. 62. Japanische Philosophie. 63. Japanische Religion. 64. Japanische Geographie. 65. Japanische Kunst und Kultur. 66. Japanische Literatur. 67. Japanische Wissenschaften. 68. Japanische Industrie und Handel. 69. Japanische Landwirtschaft. 70. Japanische Medizin. 71. Japanische Philosophie. 72. Japanische Religion. 73. Japanische Geographie. 74. Japanische Kunst und Kultur. 75. Japanische Literatur. 76. Japanische Wissenschaften. 77. Japanische Industrie und Handel. 78. Japanische Landwirtschaft. 79. Japanische Medizin. 80. Japanische Philosophie. 81. Japanische Religion. 82. Japanische Geographie. 83. Japanische Kunst und Kultur. 84. Japanische Literatur. 85. Japanische Wissenschaften. 86. Japanische Industrie und Handel. 87. Japanische Landwirtschaft. 88. Japanische Medizin. 89. Japanische Philosophie. 90. Japanische Religion. 91. Japanische Geographie. 92. Japanische Kunst und Kultur. 93. Japanische Literatur. 94. Japanische Wissenschaften. 95. Japanische Industrie und Handel. 96. Japanische Landwirtschaft. 97. Japanische Medizin. 98. Japanische Philosophie. 99. Japanische Religion. 100. Japanische Geographie.

Freistaat Sachsen. Holzversteigerungsergebnisse.

Table with columns: Kreis, Gebiet, Holzart, Menge, Preis je m³ in Weichholz (7/12 cm, 13/15 cm, 16/22 cm, 22/28 cm, 30/36 cm) and in Hartholz (27 cm, 33 cm).

Wohlfahrtspflegerin. Stelle für den Städteverband Geheer-Ehrenriederhof sofort zu besetzen. Bedingungen: Staatliche Anerkennung als Wohlfahrtspflegerin, Probezeit bis zu einem Jahre. Während dieser Zeit Besoldung nach Gruppe 5, bei endgültiger Anstellung Gruppe 6. 6179

Polizeiwachmeisterstelle. Stelle für den Städteverband Geheer-Ehrenriederhof sofort zu besetzen. Besoldung nach Gr. III, nach dem 26. Lebensjahr nach Gr. IV, Ostklasse B. Probezeit bis zu einem Jahre. Ledige Bewerber werden bevorzugt. Bewerbergesuche sind bis 20. März 1925 zu richten an den 6180

Zweiggleisanlagen, Strassen- und Schlessenbauten sowie Pflasterarbeiten führt schnellstens aus MAX MROS, Dresden-Briesnitz. Fernruf 21822.

700a. - Fern und Bauer, Weltatlas, 1-11. (Samml. d. Göttinger). Metall. 335 B. - 17 u. 18. Jahrg. Berlin. 1913. 1922. H. 10. A. 1921. - 1924. - 1925. - 1926. - 1927. - 1928. - 1929. - 1930. - 1931. - 1932. - 1933. - 1934. - 1935. - 1936. - 1937. - 1938. - 1939. - 1940. - 1941. - 1942. - 1943. - 1944. - 1945. - 1946. - 1947. - 1948. - 1949. - 1950. - 1951. - 1952. - 1953. - 1954. - 1955. - 1956. - 1957. - 1958. - 1959. - 1960. - 1961. - 1962. - 1963. - 1964. - 1965. - 1966. - 1967. - 1968. - 1969. - 1970. - 1971. - 1972. - 1973. - 1974. - 1975. - 1976. - 1977. - 1978. - 1979. - 1980. - 1981. - 1982. - 1983. - 1984. - 1985. - 1986. - 1987. - 1988. - 1989. - 1990. - 1991. - 1992. - 1993. - 1994. - 1995. - 1996. - 1997. - 1998. - 1999. - 2000. - 2001. - 2002. - 2003. - 2004. - 2005. - 2006. - 2007. - 2008. - 2009. - 2010. - 2011. - 2012. - 2013. - 2014. - 2015. - 2016. - 2017. - 2018. - 2019. - 2020. - 2021. - 2022. - 2023. - 2024. - 2025.

Wittgendorf. In der annähernd 7000 Einwohner zählenden Gemeinde Wittgendorf ist die Stelle eines 2. Trichinen- und Laien-Fleischbeschauers zu besetzen. Bewerbergesuche sind unter Besoldung der Besoldungsgruppe 5 und Führungsbefugnis für einen Lebenslauf bis zum 15. März 1925 hier einzureichen. 6181

Invalidendank. Preis für die Ausgabe des monatlichen Lage deutscher Invaliden Wittgendorf Bez. Chemnitz, 2. März 1925. Der Gemeinderat. Müller, B.

Familienanzeigen. Verstorben: Frau Auguste Bock geb. Unsch. Witwe des Landgerichtspräsidenten u. Geh. Oberleiters J. Bock (85 J.) in Dresden; Frau Marie Maria Domann geb. Fabian (60 J.) in Dresden; Frau Amanda verw. Sachse (72 J.) in Dresden; Frau Dorothea v. Loden geb. v. Rangoldt, Witwe des verstorbenen Landgerichtspräsidenten Georg v. Loden (80 J.) in Dresden; Dr. Hermann Hoffmann, Polizei-Hauptwachmeister (57 J.) in Leipzig; Dr. Geh. Hofrat Prof. Dr. Viktor Bena, Prof. i. R. der deutschen Universität Prag in Gooz b. Baden Wien.